

#NoG20

Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes

Sebastian Haunss
Priska Daphi
Leslie Gauditz
Philipp Knopp
Matthias Micus
Philipp Scharf
Stephanie Schmidt
Moritz Sommer
Simon Teune
Roman Thurn
Peter Ullrich
Sabrina Zajak



ipb working paper

#NoG20

**Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden
und der Beobachtung des Polizeieinsatzes**

ipb working papers | Berlin, November 2017

Die ipb working papers werden herausgegeben vom Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V. Sie erscheinen in loser Folge. Der Verein ist Träger des gleichnamigen Instituts. Dessen Aktivitäten sind unter <http://protestinstitut.eu> dokumentiert. Alle Texte aus der Reihe sind auf dieser Internetseite abrufbar.



#NoG20. Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes von Sebastian Haunss, Priska Daphi, Leslie Gauditz, Philipp Knopp, Matthias Micus, Philipp Scharf, Stephanie Schmidt, Moritz Sommer, Simon Teune, Roman Thurn, Peter Ullrich und Sabrina Zajak ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Die Titelseite wurde unter Verwendung eines Fotos von der G20-Protestwelle erstellt. Wir danken Jörg Farys und dem BUND Bundesverband für die Bereitstellung des Fotos.

Quelle: https://www.flickr.com/photos/bund_bundesverband/34848217574/in/album-72157685706366316/

Das Foto ist lizenziert mit einer Creative Commons Lizenz (CC BY-NC 2.0) <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/>

Die AutorInnen:

Sebastian Haunss (ipb¹ / Socium²)
Priska Daphi (ipb / HSFK³)
Leslie Gauditz (ipb / Socium)
Philipp Knopp (ipb / ZTG⁴)
Matthias Micus (GIfD⁵)
Philipp Scharf (GIfD)
Stephanie Schmidt (ipb / FSU Jena⁶)
Moritz Sommer (ipb / FU Berlin⁷)
Simon Teune (ipb / ZTG)
Roman Thurn (LMU München⁸)
Peter Ullrich (ipb / ZTG)
Sabrina Zajak (ipb / RUB⁹)

-
- 1 Institut für Protest- und Bewegungsforschung
 - 2 Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik (Universität Bremen)
 - 3 Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
 - 4 Zentrum Technik und Gesellschaft (Technische Universität Berlin)
 - 5 Göttinger Institut für Demokratieforschung
 - 6 Friedrich-Schiller-Universität Jena
 - 7 Freie Universität Berlin
 - 8 Ludwig-Maximilians-Universität München
 - 9 Ruhr-Universität Bochum

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG.....	1
I. DIE ERGEBNISSE DER DEMONSTRATIONSBEFRAGUNGEN	4
1. Demonstrationsbefragung als Methode	4
2. Wer sind die TeilnehmerInnen der G20-Demonstrationen in Hamburg?	6
3. Aussagen über die G20.....	11
4. Die G20 im Urteil der DemonstrantInnen	13
5. Einstellungen zu Demokratie, Institutionen und politischer Praxis.....	15
6. Die Mobilisierung zu den zwei Demonstrationen	17
7. Politisches Engagement.....	19
8. Fazit	23
II. GIPFEL DER ESKALATIONEN – POLIZEI UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT BEI DEN G20-PROTESTEN	25
1. Ausgangslage	25
2. Die Demonstrationen	26
3. Die Ausschreitungen.....	28
4. Umgang mit Dritten.....	29
5. Fazit	29
LITERATUR	31

Einleitung

Am 7. und 8. Juli 2017 fand in Hamburg das zwölfte Treffen der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) statt. Bereits seit Herbst 2016 hatten verschiedenste Organisationen und Verbände begonnen, zum Protest gegen dieses Treffen zu mobilisieren. Das Bündnis der zum Protest aufrufenden Organisationen war ausgesprochen breit und repräsentierte einen großen Ausschnitt des linken und linksliberalen politischen Spektrums vor allem in Deutschland. Zudem wurde insbesondere für die zweite Demonstration auch international mobilisiert. Das Bündnis umfasste landesweite und lokale friedens-, umwelt- und entwicklungspolitische Assoziationen, eine Vielzahl Hamburger Initiativen, der globalisierungskritischen Bewegung nahestehende Zusammenschlüsse aus dem europäischen Ausland, linksradikale und autonome Gruppen und Parteien, einzelne Gewerkschaften und gewerkschaftliche Jugendverbände sowie Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen.

Im Vorfeld des Gipfels zeichnete sich schnell ab, dass sich die verschiedenen zum Protest aufrufenden Organisationen nicht auf eine gemeinsame Protestchoreographie einigen können würden. Vor und während des Gipfeltreffens gab es mindestens acht Demonstrationen mit mehr als 1000 TeilnehmerInnen und eine Vielzahl kleinerer Demonstrationen und anderer Protestformen wie Blockaden und Kunstaktionen, die von einzelnen Bündnissen oder Initiativen organisiert wurden. Dieser Bericht beschäftigt sich mit den beiden zentralen Großdemonstrationszügen, bei denen im Vorfeld mit besonders zahlreicher Beteiligung gerechnet wurde¹⁰: Die bereits für den 2. Juli, also am Wochenende vor dem offiziellen Gipfel, angesetzte Demonstration ‚G20 Protestwelle‘, zu der vor allem Umweltorganisationen, Bündnis 90/Die Grünen und das Mobilisierungsnetzwerk Campact aufgerufen hatten, sowie die Abschlussdemonstration am 8. Juli mit dem Titel ‚Grenzenlose Solidarität statt G20!‘, für die ein Bündnis linker, überwiegend antikapitalistischer Organisationen und Parteien warb. Die beiden Demonstrationen wurden sowohl in der medialen Berichterstattung als auch zumindest von einigen der aufrufenden Organisationen als Konkurrenzveranstaltungen wahrgenommen; gleichzeitig symbolisierten sie die inhaltliche und strategische Bandbreite der Proteste gegen den G20-Gipfel. Auf der einen Seite wurde den OrganisatorInnen der Demonstration am 2. Juli von Teilen des Bündnisses der Abschlusskundgebung am 8. Juli vorgeworfen, „so viele Tage vor dem Gipfel zu demonstrieren, dass ihre ‚Protestwelle‘ garantiert niemanden stören kann“ (...ums Ganze! u. a. 2017). Auf der anderen Seite grenzte sich Campact-Geschäftsführer Christoph Bautz vor dem Gipfel vom Aufruf zur Abschlussdemonstration ab, in der eine radikale Ablehnung der G20 als Repräsentant des globalen Kapitalismus deutlich wurde. Er betonte in einem Interview mit der Hamburger Morgenpost die unterschiedliche Deutung des G20-Treffens in den beiden Protestbündnissen: „Wir unterscheiden uns ein Stück von der Demo am 8. Juli. Die lehnen die G20 ab – wir aber lehnen die Politik der G20 ab“ (Bautz zit. nach Schlink 2017). Im Gegensatz zum Bündnis der Abschlusskundgebung sprach sich Bautz zudem im Vorfeld gegen Sitzblockaden als Mittel des Protests aus.

Unterschiedliche und zum Teil konkurrierende Demonstrationen sind keine Seltenheit bei Protestgipfeln. So fanden beispielsweise bei Protesten gegen ein G8-Treffen in Köln im Jahr 1999

10 Tatsächlich beteiligten sich dann sowohl an der Demonstration ‚Lieber tanz ich als G20!‘ am 5. Juli als auch an der Demonstration ‚Welcome to Hell‘ am 6. Juli mit ca. 12-20.000 bzw. ca. 12.000 TeilnehmerInnen jeweils deutlich mehr Personen, als an der ‚Protestwelle‘ am 2. Juli, bei der die VeranstalterInnen zwar von 25.000 TeilnehmerInnen sprachen, bei der wir aber aufgrund unserer eigenen Zählung von nur ca. 8.000 Personen ausgehen.

sowie gegen den Gipfel der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Prag im Jahr 2000 verschiedene Demonstrationen statt. In den Jahren danach konnte diese Kluft in Deutschland zumindest in Teilen überwunden werden, was in dem breiten Protestbündnis gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm sichtbar wurde. Dort wurde die Abschlusskundgebung gemeinsam von einem Aktionsbündnis verschiedenster globalisierungskritischer Gruppen wie Attac und der Interventionistischen Linken, aber auch Umwelt-, Entwicklungs- und Kirchengruppen getragen. Diese Einigkeit ließ sich allerdings bei den Protesten anlässlich des G7-Treffens im bayerischen Schloss Elmau 2015 nicht wiederherstellen und konnte von den OrganisatorInnen auch dieses Mal nicht erreicht werden; zu groß waren die Differenzen in Hinblick auf inhaltliche Positionierung zu G8 sowie strategische Ausrichtung. Völlig unklar ist hingegen, ob bzw. inwiefern sich diese Differenzen auch auf der Ebene der TeilnehmerInnen widerspiegelt.

Die G20-Proteste boten damit eine Gelegenheit, zu überprüfen, ob sich die ideologischen und taktischen Differenzen zwischen den beiden Demonstrationsbündnissen bei den TeilnehmerInnen der Demonstrationen wiederfinden würden: Handelte es sich bei den Demonstrierenden um zwei getrennte Gruppen mit unterschiedlichen Einstellungen? Oder waren sich die Protestierenden ähnlicher als die mobilisierenden Organisationen? Gab es möglicherweise sogar eine relevante Überschneidung zwischen den TeilnehmerInnen beider Demonstrationen?

Neben diesen für die konkrete Mobilisierungssituation spezifischen Fragen interessierte uns vor allem eine weitere Frage: Knüpften die massiven Proteste gegen den G20-Gipfel an die Proteste der globalisierungskritischen Bewegung seit Ende der 1990er Jahre an? Zeigte sich hier also ein Wiederaufleben des Globalisierungsprotests, um den es in den letzten Jahren nicht nur in Deutschland recht ruhig geworden war? Oder sehen wir hier die Anfänge eines neuen Mobilisierungszyklus, in dem die Handlungsrahmen und -muster der Globalisierungsbewegung durch andere Interpretationsformen und Themen abgelöst werden?

Beiden Fragekomplexen sind wir mit Hilfe einer Befragung der DemonstrationsteilnehmerInnen nachgegangen. Indem wir die Motive, Überzeugungen und Einstellungen der Protestierenden in den Mittelpunkt unserer Untersuchung stellen, kann diese Studie auch als Gegengewicht zu der öffentlichen Fokussierung auf die den Gipfel begleitende Gewalt gelesen werden. Auch wenn differenzierte und gehaltvolle Beiträge in der Berichterstattung zu Gipfelprotesten zu finden waren, dominierte der Fokus auf Plünderungen, Brandstiftungen und Angriffen auf die Polizei. Dabei blieben, wie so häufig, die Motive der zehntausenden DemonstrantInnen weitgehend im Dunkeln (Rucht/Teune 2008; Teune/Sommer 2017). Unsere Studie liefert hier Einblicke, die nur durch eine direkte Befragung der Protestierenden möglich sind.

Schließlich: Neben den inhaltlichen Anliegen der Protestierenden bietet die vorliegende Studie Einblicke in ein weiteres Thema, das die öffentliche Diskussion beherrschte: der polizeiliche Umgang mit den Protestierenden und den Ausschreitungen. Um die Strategien der Polizei und deren Verhalten in konkreten Interaktionssituationen zu erfassen wurde die Befragung der DemonstrantInnen ergänzt durch eine ethnographische Beobachtung der Interaktionen von Polizei und Protestierenden. Von Anfang an war die Möglichkeit, den Protest durchzuführen, ihn durch eine entsprechende Protestinfrastruktur mit Camps und Versorgungspunkten und ihn in Gipfelnähe hör- und sichtbar zu machen, prekär. Eine große Verbotzone und der Versuch der Polizei, Camps zu verhindern, führten zu einer kritischen öffentlichen Diskussion über die repressive ‚Hamburger Linie‘. Die Demonstration am 8. Juli fand damit unter dem Eindruck eines doppelten

Schocks statt: Zum einen hatte eine relativ kleine Gruppe von AktivistInnen mit militanten Aktionen an den vorangegangenen Tagen für viele nicht nur rechtliche, sondern auch moralische Grenzen übertreten. Zum anderen schien der Polizeieinsatz an vielen Punkten ungerichtet und undifferenziert, so dass zahlreiche Demonstrierende und BeobachterInnen ohne Anlass in Mitleidenschaft gezogen wurden.

I. Die Ergebnisse der Demonstrationsbefragungen

Sebastian Haunss, Priska Daphi, Leslie Gauditz, Matthias Micus, Philipp Scharf, Moritz Sommer, Simon Teune und Sabrina Zajak

1. Demonstrationsbefragung als Methode

Die Demonstrationsbefragung ist eine mittlerweile etablierte Methode, um etwas über Menschen zu erfahren, die sich an Protesten beteiligen (Andretta/della Porta 2014). Im Gegensatz zu anderen Umfragemethoden, bei denen zufällig ausgewählte Menschen einer repräsentativen Gesamtheit am Telefon oder zu Hause befragt werden, werden bei Demonstrationsbefragungen diejenigen befragt, die tatsächlich an den Protesten teilnehmen.

Die WissenschaftlerInnen des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (ipb), des Forschungszentrums Ungleichheit und Sozialpolitik (Socium) und des Göttinger Instituts für Demokratieforschung (GIfD), die gemeinsam diese Umfrage durchgeführt haben,¹¹ wandten diese Methode schon früher bei den Protesten gegen den Irakkrieg (2003), gegen Stuttgart 21 (2010), den Pegida-Demonstrationen in Dresden (2015) und zuletzt bei den Anti-TTIP/CETA-Protesten (2015) an (Rucht 2003; Bebnowski u. a. 2010; Baumgarten/Rucht 2013; Daphi u. a. 2014; Daphi/Kocyba/u. a. 2015; Geiges u. a. 2015, S. 61-88; Daphi/Haunss/u. a. 2015; Göttinger Institut für Demokratieforschung 2016; Finkbeiner u. a. 2016).

Während diese früheren Studien entweder online oder mit Hilfe gedruckter Fragebögen konzipiert worden waren, wurde die Befragung der G20-Proteste als kombinierte Online- und Papierfragebogen-Umfrage durchgeführt. Dafür sprachen bei beiden Demonstrationen mehrere jeweils aus zwei Personen bestehende Teams per Zufallsprinzip DemonstrantInnen an und händigten ihnen den Fragebogen in einem bereits adressierten und frankierten Rückumschlag aus. Auf der ersten Seite des Fragebogens waren zudem eine URL und ein einmaliger Code angegeben, mit dem der Fragebogen auch online ausgefüllt werden konnte. Der Code musste für die Online-Version des Fragebogens eingegeben werden, wurde aber auch bei der computergestützten Eingabe der zurückgeschickten Papierfragebögen erfasst. Dadurch war es nicht möglich, den Fragebogen mehrfach auszufüllen oder den Zugang zur Online-Befragung an andere Personen weiterzugeben, um so die Umfrage zu manipulieren.

Die Auswahl der Befragten fand sowohl während der Auftaktkundgebung der beiden Demonstrationen auf dem Hamburger Rathausmarkt, bzw. auf dem Deichtorplatz, als auch an mehreren Abschnitten der Demonstrationen statt. Um den Einfluss von Sympathien und Vorbehalten zu minimieren, wählte in den Zweierteams jeweils eine Person nach einem zuvor festgelegten Schema den/die anzusprechende/n DemonstrantIn aus und notierte wahrgenommenes Geschlecht und grob geschätztes Alter. Währenddessen händigte die andere Person den Fragebogen aus, um später die Grundgesamtheit hinsichtlich dieser Faktoren schätzen zu können. Dieses

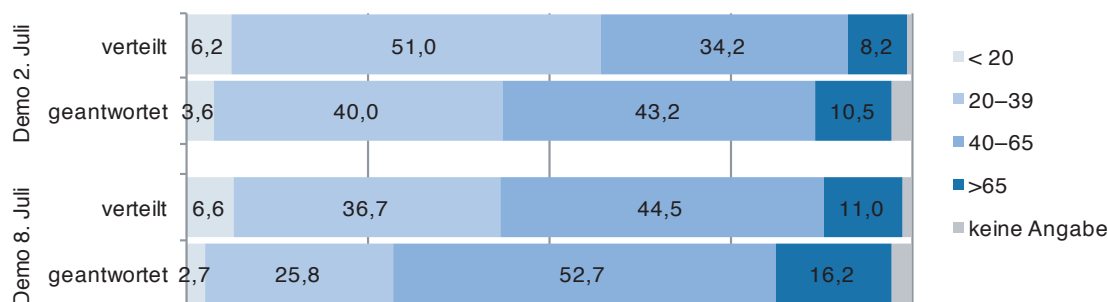
11 Das Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) ist ein Netzwerkinstitut mit mehr als 100 ForscherInnen im Bereich der Protest- und Bewegungsforschung, die an verschiedenen Universitäten und Forschungsinstituten in Deutschland angebunden sind. Neben den hier genannten Institutionen waren auch MitarbeiterInnen und studentische Hilfskräfte der Ruhr-Universität Bochum, des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) sowie des Zentrums Technik und Gesellschaft (ZTG) der Technischen Universität Berlin an der Durchführung der Demonstrationsbefragungen beteiligt. Zudem bedanken wir uns bei den weiteren freiwilligen Befragungsteams sowie Daniel Weber für seine Unterstützung.

Verfahren hat sich in der Protestforschung zur Herstellung von Repräsentativität der Daten etabliert (Andretta/della Porta 2014).

Die Fragen, die in die Untersuchung einfließen, zielten auf die soziale Zusammensetzung der DemonstrantInnen, auf ihre Motivation und Mobilisierung, d.h. auf die Prozesse, die zu ihrer Teilnahme geführt hatten, auf ihre Protesterfahrung, auf ihre politische Selbsteinordnung und auf die Übereinstimmung mit Aussagen zu den G20, die von den aufrufenden Organisationen gemacht worden waren. Viele der Fragen gingen auf die Fragebögen zurück, die in der Vergangenheit auf anderen Demonstrationen verteilt wurden. Dadurch sind die gewonnenen Informationen über die G20-DemonstrantInnen mit denen früherer Proteste größtenteils vergleichbar. Ein Teil der Fragen wurde repräsentativen Befragungen wie der Allgemeinen Bevölkerungsbefragung der Sozialwissenschaften (ALLBUS) und der European Values Study (EVS) entnommen.

Insgesamt wurden während der beiden Demonstrationen am 2. und 8. Juli 4.187 Personen angesprochen (2. Juli: 1.574, 8. Juli: 2.613). Davon haben 3.515 Personen den Fragebogen angenommen. Bis einschließlich dem 15. August haben sich 1.095 Personen an der Umfrage beteiligt. Das entspricht einer Rücklaufquote von 31 Prozent. Dieser Wert ist deutlich höher als bei den meisten von uns in der Vergangenheit durchgeführten Demonstrationsbefragungen, bei denen wir nur die Möglichkeit geboten haben, die Befragung online auszufüllen. Auf der Basis der beim Verteilen der Fragebögen notierten Schätzungen zu Alter und Geschlecht können wir sagen, ob sich diejenigen, die an der Befragung teilgenommen haben, in diesen beiden Punkten vom Durchschnitt der DemonstrantInnen unterscheiden.

Abbildung 1: Übersicht Stichprobe und Rücklauf, Altersverteilung, in %



In Abbildung 1 wird deutlich, dass die Personen, die die Fragebögen ausgefüllt haben, im Durchschnitt älter zu sein scheinen als die von uns auf den Demonstrationen angesprochenen Personen. Die Altersverteilung ist nach rechts in Richtung der Älteren verschoben. Dieser Effekt ist allerdings vermutlich zum größeren Teil darauf zurückzuführen, dass die zumeist jüngeren FragebogenverteilerInnen das Alter der Befragten systematisch unterschätzt haben. Dieses Phänomen war schon bei früheren Umfragen sichtbar (Daphi/Haunss/u. a. 2015). Wir gehen daher davon aus, dass der Rücklauf der beantworteten Fragebögen in etwa repräsentativ für die tatsächliche Altersverteilung der DemonstrantInnen ist. Beim Geschlecht zeigt sich allerdings eine auffällige Differenz zwischen den angesprochenen Personen und denjenigen, die den Fragebogen beantwortet haben. Besonders in der Altersgruppe der 40-65-Jährigen haben deutlich mehr Frauen als Männer den Fragebogen ausgefüllt, nur bei den über 65-Jährigen sind die Männer bei den Antworten leicht überrepräsentiert. Da die Auswahl der Befragten zufällig war, kann man davon ausgehen, dass beim Geschlecht die Aufzeichnungen der BefragterInnen ein repräsentatives Bild der Demonstrationen zeichnen. Auf der Basis dieser Daten beteiligten sich Frauen an

der ersten Demonstration zu 53 Prozent und an der zweiten zu 47 Prozent. Bei den ausgefüllten Fragebögen liegt der Anteil der Frauen bei beiden Demonstrationen jeweils um ca. fünf Prozentpunkte höher. Frauen sind also bei den Antworten leicht überrepräsentiert.

Tabelle 1: Rücklauf Online vs. Papier

Demo	Fragebogen	Weiblich	Männlich	Ø Alter
2. Juli	Papier	64,3%	35,7%	56,5
	Online	38,3%	61,7%	42,3
8. Juli	Papier	56,8%	43,2%	45,7
	Online	34,7%	65,3%	39,5

Auffällig ist ferner, dass sich das Antwortverhalten deutlich zwischen Online-Umfrage und Papierfragebogen unterscheidet (Tabelle 1). Bei beiden Demonstrationen nutzten deutlich mehr Männer als Frauen die Möglichkeit, den Fragebogen online auszufüllen. Zudem ist das Durchschnittsalter derjenigen, die den Fragebogen online ausgefüllt haben, deutlich niedriger. Bei der Demonstration am 2. Juli beträgt die Differenz hier knapp 14 Jahre. Offenbar wird die Möglichkeit, den Fragebogen online auszufüllen, wenn sowohl die Option online als auch Papier zur Verfügung steht, besonders von jüngeren Männern verstärkt genutzt.

2. Wer sind die TeilnehmerInnen der G20-Demonstrationen in Hamburg?

Wer demonstriert gegen den G20-Gipfel? Auf diese Frage können wir auf Grundlage der Befragungen zunächst eine Antwort hinsichtlich der Sozialstruktur der DemonstrantInnen geben. In diesem ersten Abschnitt skizzieren wir die Zusammensetzung der TeilnehmerInnen mit Blick auf Geschlecht, Alter, Herkunft, Bildungsgrad und Beschäftigungsverhältnis. Dabei vergleichen wir beide Demonstrationen untereinander, setzen sie ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und ziehen partiell auch Ergebnisse zurückliegender Demonstrationsbefragungen heran.

Dabei gilt es zu beachten, dass Demonstrierende generell kein repräsentatives Abbild der Gesamtbevölkerung darstellen. Demonstrationen und Proteste sind eine wichtige Form der politischen Partizipation, deren Ausübung jedoch von verschiedenen sozial-demografischen Faktoren geprägt ist. So zeigen zahlreiche Studien für Deutschland und viele andere westeuropäische Länder, dass vor allem formal höher Gebildete und Menschen mit einem überdurchschnittlichen Einkommen an Demonstrationen teilnehmen (z.B. van Aelst/Walgrave 2001).

Geschlecht

Während zahlreiche gesellschaftliche Gruppen in der Sozialstruktur von DemonstrantInnen unterrepräsentiert sind, scheint das Geschlecht eine geringe Rolle zu spielen. Frühe Analysen dokumentierten noch eine deutlich stärkere Präsenz von Männern (March und Kaase 1979), doch jüngere Demonstrationsbefragungen in Deutschland zeigen eine annähernd paritätische Verteilung der Geschlechter (Rucht 2003; Rucht und Yang 2004; Daphi et al. 2015a), wobei der Anlass oder das Thema der Demonstration für die tatsächliche Zusammensetzung der Protestierenden eine zentrale Rolle spielt (van Aelst und Walgrave 2001, S. 467). Für die G20-Demonstrationen war angesichts der Heterogenität möglicher Anschlusspunkte und Unterthemen keine Ungleichverteilung der Geschlechter zu erwarten. Die oben erwähnten Aufzeichnungen der FragebogenverteilerInnen bestätigen eine annähernde Gleichverteilung von Frauen und Männern, die sich auch bei der thematisch ähnlich heterogenen Anti-TTIP/CETA-Demonstration 2015 beobachten

ließ.¹² Interessant ist der Unterschied zwischen den beiden G20-Demonstrationen: Sowohl unsere Aufzeichnungen als auch die Ergebnisse der Befragung zeigen einen um sechs Prozentpunkte höheren Anteil von Frauen auf der ersten Demonstration am 2. Juli.

Alter

Die erste Demonstration ist nicht nur ‚weiblicher‘, sie ist mit einem Durchschnittsalter von knapp fünfzig Jahren auch deutlich ‚älter‘ als die zweite Demonstration, deren Durchschnittsalter um fast fünf Jahre niedriger ist. Deutlich werden die Unterschiede auch im Vergleich der Altersstruktur (Tabelle 2). Sowohl der Anteil der unter 25-Jährigen als auch insbesondere der Anteil der 25-39-Jährigen ist auf der zweiten Demonstration wesentlich höher als auf der ersten Demonstration, während sich das Verhältnis für die beiden älteren Gruppen notwendigerweise umkehrt. Für eine Gegenüberstellung mit dem Bevölkerungsdurchschnitt wurden die Zensus-Daten um die Gruppe der unter 18-Jährigen bereinigt.¹³ Interessant ist dabei, dass die erste Demonstration relativ nah am Bevölkerungsdurchschnitt liegt; allein die Gruppe der über 64-Jährigen ist aus naheliegenden Gründen der Mobilität zugunsten der Kohorte der 40- bis 64-Jährigen weniger stark vertreten.

Tabelle 2: Vergleich Altersstruktur G20-Demonstrierende – Bevölkerungsdurchschnitt, in %

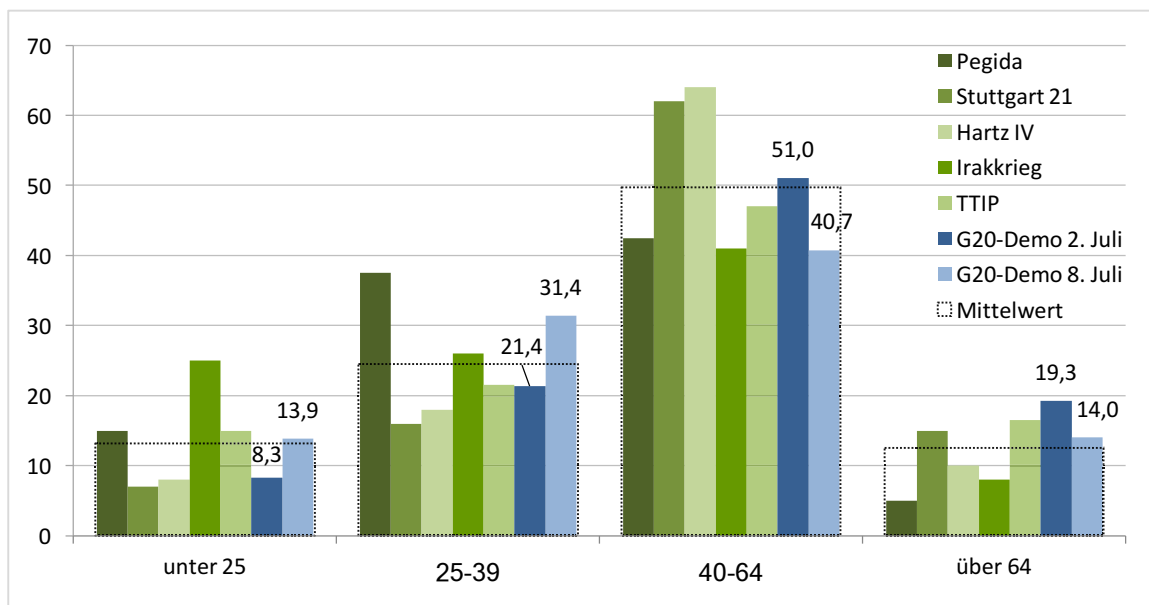
Altersstruktur	Demo 2. Juli N=488	Demo 8. Juli N=607	Zensus 2011 > 17 Jahre*
unter 25 Jahren	8,3	13,9	8,7
25-39 Jahre	21,4	31,4	21,9
40-64 Jahre	51,0	40,7	43,1
über 64 Jahre	19,3	14,0	26,2

* Eigene Berechnungen auf Grundlage der Zensus 2011 Daten. Siehe: <http://www.gdv.de/2016/09/deutschlands-bevoelkerung-hat-sich-erstmal-seit-der-wiedervereinigung-verjuengt>.

In Abbildung 2 vergleichen wir die Altersstruktur der beiden G20-Demonstrationen mit jener anderer von uns befragter Demonstrationen. Auch hier sticht das relativ gesehen hohe Alter der TeilnehmerInnen der ersten Demonstration heraus; unter allen gezeigten Demonstrationsbefragungen (Abb. 2) weist die ‚Protestwelle‘ den größten Anteil an über 64-Jährigen und – zusammen mit der Stuttgart 21-Demonstration 2010 – den geringsten Anteil an unter 25-Jährigen auf. Das relativ niedrige Durchschnittsalter der TeilnehmerInnen der zweiten Demonstration resultiert im Vergleich aller Demonstrationen aus der starken Beteiligung der Gruppe der 25- bis 39-Jährigen und der relativ gesehen geringen Beteiligung der 40- bis 64-Jährigen.

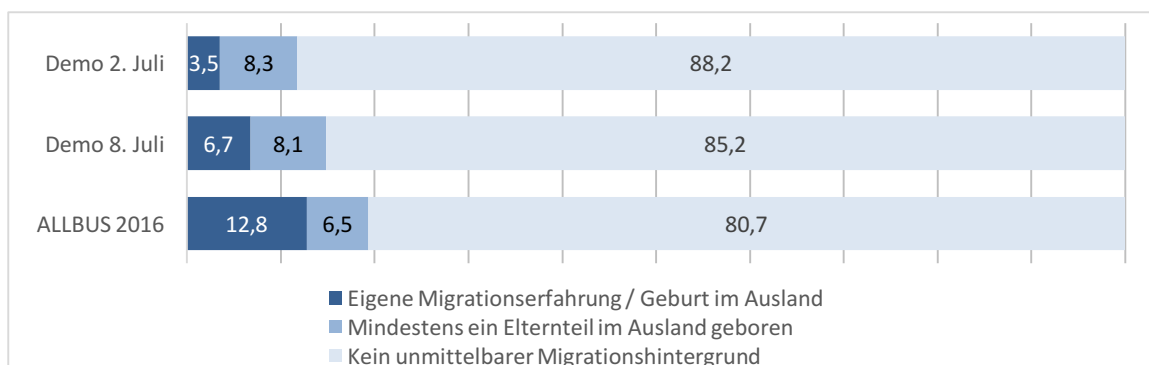
12 Ausnahmen bilden insbesondere die vom Institut für Protest- und Bewegungsforschung untersuchten stark männlich dominierten »Montagsmahnwachen für den Frieden« und die Pegida-Demonstration 2015 mit jeweils über 70% Männern.

13 Die Gruppe der unter 18-Jährigen ist unter den Befragten mit 9 (2. Juli) bzw. 5 Fällen relativ gering, sodass der Vergleich mit der Gruppe der über 17-Jährigen aus dem Zensus 2011 vertretbar ist. Da wir keine Kinder befragt haben, ist ein Vergleich mit den kompletten Zensus-Daten wenig zielführend.

Abbildung 2: Altersstruktur von DemonstrantInnen im Vergleich, in %; N1=488; N2=607

Migrationsgeschichte und Wohnort

Wie groß ist der Anteil der Befragten mit Migrationsgeschichte? Um diese Frage zu beantworten, wurden die DemonstrantInnen gebeten, ihr Geburtsland und das ihrer Eltern anzugeben. Abbildung 3 zeigt den Vergleich der Antworten mit den Werten des ALLBUS 2016.¹⁴ Der Anteil der TeilnehmerInnen ohne unmittelbaren Migrationshintergrund liegt für beide Demonstrationen bei über 85 Prozent und damit über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Der Anteil von Menschen, die in Deutschland geboren wurden und mindestens ein im Ausland geborenes Elternteil haben, ist für beide Demonstrationen fast identisch.

Abbildung 3: Migrationsgeschichte der DemonstrantInnen, in %; N1=484; N2=594

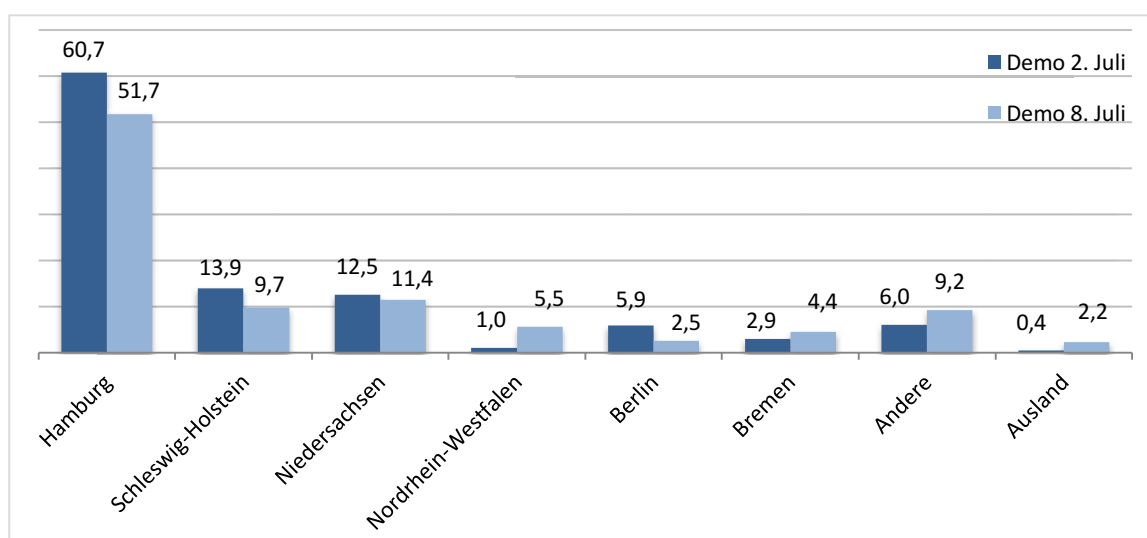
Auf der zweiten Demonstration ist der Anteil der nicht in Deutschland geborenen TeilnehmerInnen zwar höher als auf der ersten Demonstration, doch beide liegen deutlich unter dem Bevölkerungsdurchschnitt von fast 13 Prozent. Menschen mit unmittelbarem Migrationshintergrund sind also im Vergleich zur Bevölkerung auf beiden Demonstrationen unterrepräsentiert, wobei

14 Eigene Berechnungen nach ALLBUS 2016: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2017): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2016. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5250 Datenfile Version 2.1.0.

die erste Demonstration am 2. Juli hinsichtlich der Herkunft der TeilnehmerInnen noch etwas homogener ist als die zweite Demonstration am 8. Juli.

Auch mit Bezug auf die Wohnorte der DemonstrantInnen ist die erste Demonstration deutlich homogener (Abbildung 4). Während mehr als sechs von zehn Befragten auf der ersten Demonstration angaben, in Hamburg zu wohnen, traf das auf der zweiten Demonstration nur für jede/n zweite/n Befragte/n zu. Insbesondere der Anteil der aus Berlin und Nordrhein-Westfalen Ange-reisten ist höher. Der Anteil der im Ausland lebenden TeilnehmerInnen ist auf beiden Demonstrationen klein und im Fall der ersten Demonstration fast zu vernachlässigen. Trotz internationaler Mobilisierung nahmen – wie auch schon bei früheren Gipfelprotesten – letztlich nur sehr wenige Menschen die weite Anreise aus dem Ausland auf sich.

Abbildung 4: Wohnorte der DemonstrantInnen, in %; N1=477; N2=595



An beiden Demonstrationen ist der Anteil der lokalen Bevölkerung damit deutlich größer als beispielsweise an der Anti-TTIP/CETA-Demonstration in Berlin im Oktober 2015, bei der nur rund 30 Prozent der Befragten angaben, in Berlin zu wohnen, und bei der die Verteilung auf die übrigen Bundesländer deutlich ausgeglichener war (Daphi et al. 2015a).

Bildung

Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren und in Vereinen oder Bewegungen aktiv sind, verfügen mit hoher statistischer Wahrscheinlichkeit über einen überdurchschnittlichen Bildungsgrad. Dieser Befund der Engagement- und Bewegungsforschung lässt sich ebenso für die Teilnahme an Demonstrationen und anderen Protestaktivitäten feststellen; auch für beide G20-Demonstrationen zeigt sich dieser Zusammenhang sehr deutlich. Die genaue Struktur des Bildungsgrads ist dabei für beide Demonstrationen sehr ähnlich. Über 60 Prozent der Befragten verfügen über einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss; der Bevölkerungsdurchschnitt liegt bei gerade einmal 15 Prozent.¹⁵ Auf beiden Demonstrationen verfügen mehr als fünf Prozent sogar über einen Dokortitel (Bevölkerungsdurchschnitt: 1,3%). Das Bildungsniveau der TeilnehmerInnen beider Demonstrationen liegt damit weit über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Im Vergleich mit anderen Demonstrationen liegt das Bildungsprofil der G20-DemonstrantInnen im oberen

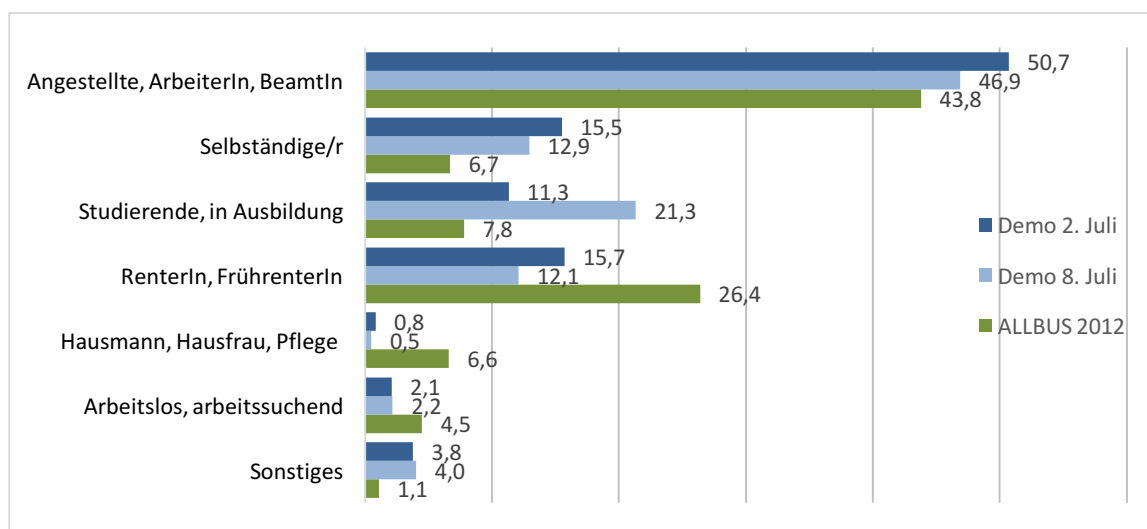
15 Eigene Berechnungen auf Grundlage der Zensus 2011-Daten. Siehe: https://www.destatis.de/DE/Methoden/Zensus/_Zensus.html. [27.10.2017].

Bereich, mit ähnlich hohen Werten wie bei der Anti-TTIP/CETA-Demonstration und bei den Demonstrationen gegen den Irakkrieg 2003 und Stuttgart 21 (Rucht 2003; Baumgarten und Rucht 2013; Daphi et al. 2015a).

Beruf und Erwerbssituation

Für beide Demonstrationen ist der Anteil der Angestellten, ArbeiterInnen und Beamten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung leicht überdurchschnittlich. Im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt mehr als doppelt so groß ist der Anteil der Selbstständigen.

Abbildung 5: Berufliche Stellung der DemonstrantInnen, in %; N1=479; N2=591



Deutliche Unterschiede zwischen den beiden Demonstrationen gibt es beim Anteil der Studierenden oder sich in einer Ausbildung befindenden TeilnehmerInnen. Dieser liegt für die zweite G20-Demonstration am 8. Juli bei über 21 Prozent und damit zehn Prozentpunkte über dem Wert der ersten Demonstration. Letzterer lag nur knapp über dem Bevölkerungsdurchschnitt und auch deutlich unter den Werten zurückliegender Demonstrationsbefragungen (z.B. Anti-TTIP/CETA-Demonstration: 19,5%). Die Anteile der RentnerInnen, der Hausfrauen, Hausmänner oder in der familiären Pflege Engagierten, sowie auch der Arbeitslosen liegen für beide Demonstrationen zum Teil deutlich unter dem Bevölkerungsdurchschnitt (Abbildung 5). Im Vergleich der beiden G20-Demonstrationen decken sich die unterschiedlichen Werte für die Anteile der Studierenden und der RentnerInnen mit dem jüngeren Durchschnittsalter der Befragten der zweiten Demonstration (vgl. Abb. 2). Der Anteil der geringfügig Erwerbstätigen ist auf der zweiten Demonstration mit 15 Prozent fast doppelt so hoch wie auf der ersten Demonstration (7,9%), wobei der Anteil der Vollbeschäftigten mit rund 56 Prozent auf beiden Demonstrationen fast identisch ist (Werte nicht abgebildet).

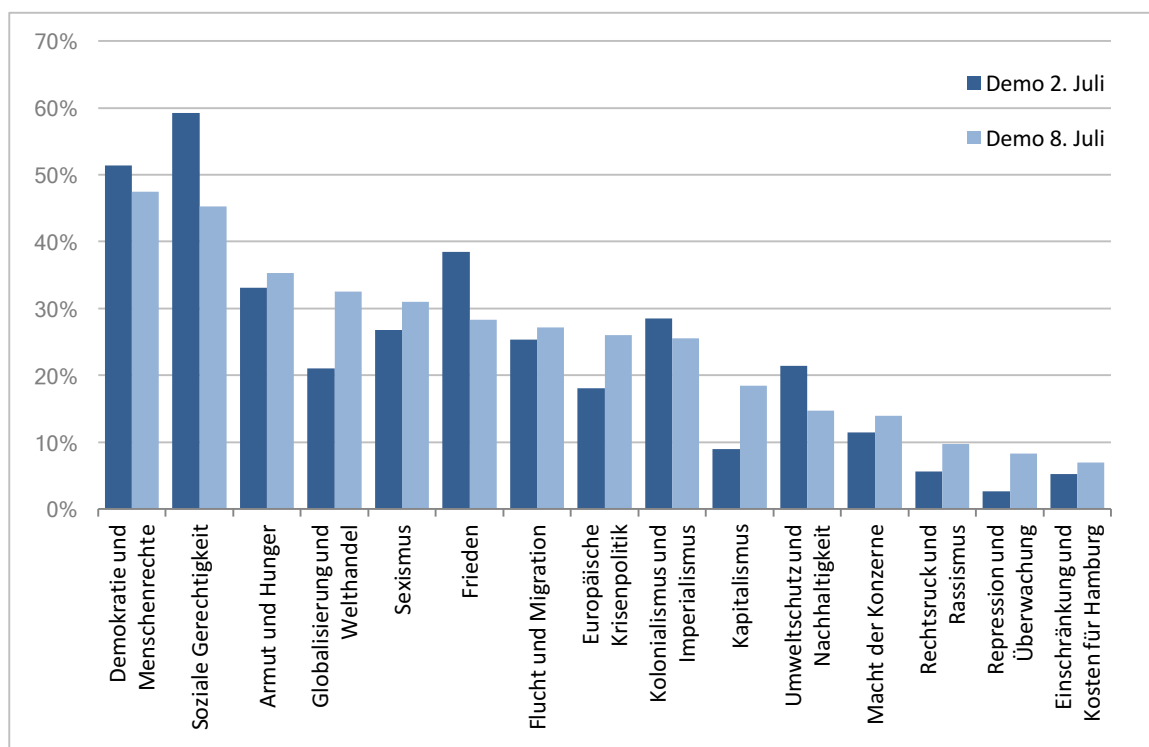
Damit ergibt sich folgender Befund: für beide Demonstrationen lassen sich die bereits bekannten Verzerrungen beobachten; die G20-DemonstrantInnen verfügen über einen höheren Bildungsgrad, sind jünger und auf dem Arbeitsmarkt bessergestellt als der Bevölkerungsdurchschnitt. Zudem sind auf beiden Demonstrationen Menschen ohne unmittelbaren Migrationshintergrund überrepräsentiert. Im Vergleich der beiden G20-Demonstrationen stechen der höhere Frauenanteil und das auch im demonstrationsübergreifenden Vergleich hohe Durchschnittsalter der Befragten auf der ersten Demonstration am 2. Juli hervor. Diese erste Demonstration ist in

Teilen näher am Bevölkerungsdurchschnitt als die zweite Demonstration am 8. Juli, die tendenziell eher von jüngeren Männern in Studium oder Ausbildung geprägt wird. Dies könnte darauf hindeuten, dass die inhaltlichen und taktischen Unterschiede der aufrufenden Aktionsbündnisse tatsächlich zu einer Mobilisierung leicht unterschiedlicher Personengruppen geführt haben. Jedoch könnte auch die Medienberichterstattung im Vorfeld eine Rolle gespielt haben, die vor allem die Demonstration am 8. Juli als potentiell gefährlich einstufte, und somit wohlmöglich Frauen und ältere Personen abschreckte.

3. Aussagen über die G20

Ein zentrales Ziel der Umfrage war es, etwas über die Motive der DemonstrantInnen zu erfahren. Zu diesem Zweck nahmen wir zwei Fragen auf: eine offene Frage (A1) ohne vorgegebene Antwortkategorien und eine geschlossene Frage (B1), bei der die Befragten aus 15 vorgegebenen Themen, die in den Aufrufen der zu den Demonstrationen mobilisierenden Organisationen genannt worden waren, die für sie wichtigsten auswählen konnten.

Abbildung 6: Frage B1: „Welches sind die Themen, die Ihnen bei der G20-Demonstration am wichtigsten sind?“ (Mehrfachantworten möglich)



Die bei der geschlossenen Frage am häufigsten genannten Themen sind Demokratie und Menschenrechte sowie soziale Gerechtigkeit. Dann folgen bei der ersten Demonstration Frieden, Armut und Hunger, Kolonialismus und Imperialismus, Sexismus sowie Flucht und Migration. Bei der zweiten Demonstration wurden die gleichen Themen genannt, nur dass dort Globalisierung und Welthandel statt Kolonialismus und Imperialismus häufiger vorkamen.

Unterschiede gibt es zudem bei der Gewichtung der Themen soziale Gerechtigkeit, Frieden und Umweltschutz, die auf der ersten Demonstration häufiger genannt werden, sowie der Themen europäische Krisenpolitik und Kapitalismus, die auf der zweiten Demonstration präsenter sind.

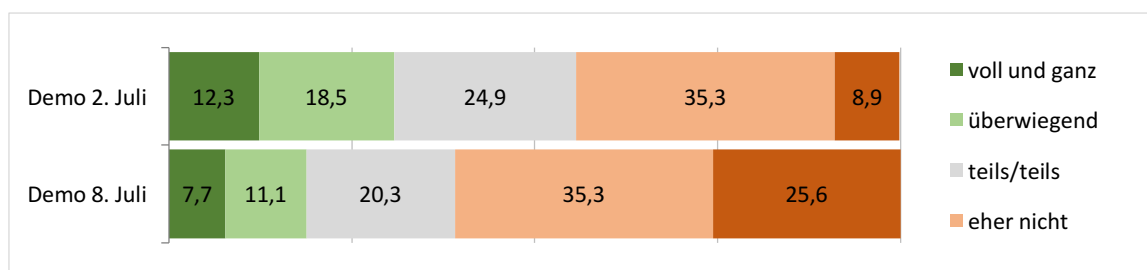
Auffällig im Vergleich zu der geschlossenen Frage B1 ist die Prominenz von Klimawandel und Klimaschutz. Hier hatten viele Teilnehmende beider Demonstrationen offenbar ein sehr spezifisches Anliegen, das mit dem allgemeineren Begriff „Umweltschutz und Nachhaltigkeit“ in Frage B1 nicht adäquat abgebildet worden ist. Nimmt man die Antworten auf beide Fragen zusammen, so lässt sich sagen, dass es sowohl die großen, übergreifenden Themen Demokratie und Gerechtigkeit als auch die sehr konkrete Unzufriedenheit mit einzelnen Politiken (und Politikern) war, die die Menschen motivierten, sich an den Demonstrationen zu beteiligen. Dabei unterscheiden sich die Motive der DemonstrantInnen beider Demonstrationen weniger voneinander, als dies aufgrund der deutlich voneinander abweichenden politischen Positionen der für die beiden Demonstrationen jeweils aufrufenden Organisationen zu erwarten gewesen wäre.

4. Die G20 im Urteil der DemonstrantInnen

Die Analyse der Aussagen über den G20-Gipfel zeigt, dass ein überwältigender Teil der DemonstrantInnen die Politik der G20-Staaten für die momentanen globalen Konflikte und Krisen verantwortlich macht. Zwei Fünftel der befragten Personen (40,5%) selbst auf der als eher moderat geltenden Demonstration ‚Protestwelle‘ vom 2. Juli stimmen einer entsprechenden Aussage voll und ganz, weitere 44 Prozent zumindest überwiegend zu. Auf der Demonstration ‚Grenzenlose Solidarität statt G20!‘ am darauffolgenden Samstag sieht sogar mehr als die Hälfte der Befragten (53,9%) die G20-Staaten voll und ganz in der Verantwortung für die globalen Krisen. Letztlich betrachten auf beiden Demonstrationen durchschnittlich rund 90 Prozent der DemonstrantInnen die G20 als Hauptverursacher des globalen Elends. Auch die demokratische Legitimität der G20 wird durch die TeilnehmerInnen beider Protestmärsche infrage gestellt: Knapp die Hälfte (2. Juli: 49,4%) bzw. zwei Drittel (8. Juli: 66,5%) der Befragten ist der Meinung, dass der G20-Gipfel den demokratischen Prinzipien voll und ganz oder wenigstens überwiegend widerspricht.

Bei der Frage der Reformierbarkeit der G20 (Abbildung 8) sind sich die DemonstrantInnen weniger einig. Während fast zwei Drittel der Befragten vom 8. Juli angibt, dass die G20 „überhaupt nicht“ (25,6%) oder „eher nicht“ (35,3%) reformierbar seien, sind bei der ‚Protestwelle‘ deutlich mehr als die Hälfte (55,7%) der TeilnehmerInnen mehr oder weniger dezidiert vom Gegenteil überzeugt.

Abbildung 8: Zustimmung zur Aussage „Die G20 sind reformierbar“, in %



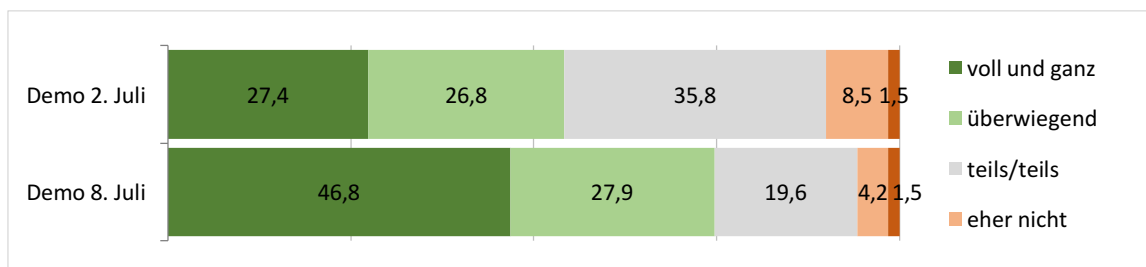
Bei den Befragten beider Demonstrationen herrscht zudem weitgehende Einigkeit darüber, dass die G20-Staaten die weltweite Durchsetzung des Neoliberalismus – und damit die Spaltung der Gegenwartsgesellschaften in Globalisierungsgewinner und -verlierer – vorantreiben: 85 Prozent stimmen am 8. Juli der Aussage „Die G20 stehen für die weltweite Durchsetzung des Neoliberalismus“ voll und ganz oder überwiegend zu. Die ‚Protestwelle‘-TeilnehmerInnen sind diesbezüglich etwas weniger entschieden, aber auch unter ihnen stimmen knapp vier Fünftel (78,1%) der Aussage eher zu. Auch die Antworten auf die Aussage „Die G20 stehen für die Aufteilung der

Welt unter den mächtigsten westlichen Ländern“ verdeutlichen, dass eine Fundamentalkritik an dem Gipfeltreffen mehrheitlich geteilt wird. Beinahe die Hälfte der Befragten (2. Juli: 45,0%), bzw. mehr als die Hälfte (8. Juli: 55,6%) stimmen dem zu. Bei der Frage, welche Rolle die USA gegenüber den G20 spiele, ist etwa ein Sechstel der Meinung, die G20 seien ein „Werkzeug des US-Imperialismus“ (2. Juli: 15,7%, 8. Juli: 17,4%), womit antiamerikanische Stimmen unter den befragten DemonstrantInnen eine nicht zu vernachlässigende Minderheit bilden.

Insgesamt werden bei beiden Demonstrationen die G20-Staaten und die Politik, für die sie stehen, für die globalen Missstände verantwortlich gemacht. Ferner erscheinen die G20 als Agenten forcierter wirtschaftlicher Ungleichheiten auf globaler ebenso wie lokaler Ebene. Aus demokratietheoretischer Perspektive kommt außerdem erschwerend hinzu, dass ihnen von den DemonstrantInnen, also einem Teil jener BürgerInnen, die sie vermeintlich repräsentieren, die Legitimität und zu guten Teilen auch die Reformierbarkeit abgesprochen wird.

Die Skepsis gegenüber den G20 lässt sich nun in Ansätzen sicher auch dadurch erklären, dass die BürgerInnen ihren RepräsentantInnen generell kritisch gegenüberstehen, oder positiv ausgedrückt: sich von blinder Folgebereitschaft emanzipiert haben. Die Frage danach, ob Kindern beigebracht werden sollte, auf Autoritäten zu hören, beantwortet der Großteil der Befragten am 2. Juli mit „eher nicht“ (39,2%) oder „überhaupt nicht“ (29,0%). Darüber hinaus lässt sich unter denselben Befragten allerdings eine Neigung zu fundamentalerem Elitenmisstrauen beobachten, deren Grenzen zum Verschwörungsglauben fließend sind. Die These, dass die meisten BürgerInnen keine Ahnung davon hätten, „wie stark ihr Leben schon heute von geheimen Abmachungen und Netzwerken kontrolliert wird“, findet auf der ersten Demonstration am 2. Juli breite Zustimmung (24% „voll und ganz“, 35% „überwiegend“). Bei der zweiten Demonstration ist die Zustimmung zu dieser Frage mit 22 Prozent, bzw. 33 Prozent minimal niedriger.

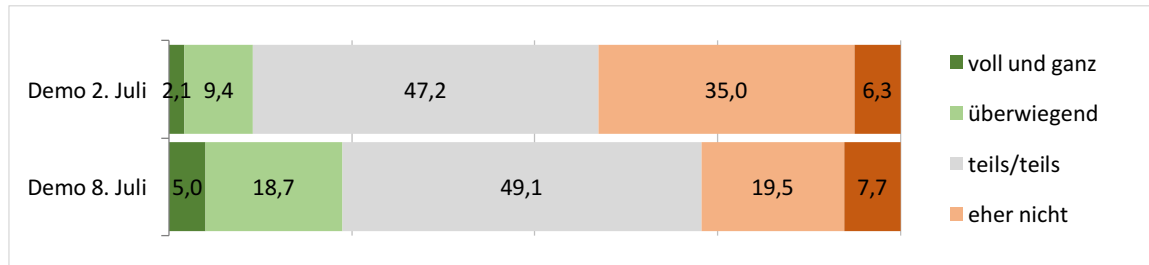
Abbildung 9: Zustimmung zur Aussage „Der Kapitalismus muss überwunden werden“, in %



Wie in den Antworten auf die offene Frage zur Motivation deutlich wurde, ist die Kritik am Kapitalismus bei beiden Demonstrationen präsent. Bei beiden Demonstrationen ist die überwiegende Mehrheit der Befragten der Meinung, der Kapitalismus müsse überwunden werden. Nur eine kleine Minderheit stimmt dieser Aussage eher oder überhaupt nicht zu (Abbildung 9). Auch bei dieser Frage zeigen sich die TeilnehmerInnen der zweiten Demonstration etwas radikaler als die der ersten. Differenzieren lässt sich die Kapitalismuskritik mit Blick auf die Einschätzung von Wettbewerb. Dass Wettbewerb „schädlich“ sei und „das Schlechte im Menschen zum Vorschein“ bringe, wird von einer Minderheit der Befragten auf beiden Demonstrationen grundsätzlich bejaht (Abbildung 10). Auf der ‚Protestwelle‘ gaben lediglich rund 12 Prozent der Befragten an, Wettbewerb sei überwiegend oder voll und ganz schädlich. Auf der zweiten Demonstration stimmte ein doppelt so großer Anteil dieser These zu. Während also bei der ‚Protestwelle‘ das kapitalistische System kritisch gesehen wird, der ökonomische Wettbewerb aber

nicht allgemein und prinzipiell abgelehnt wird, erweist sich die Kritik der TeilnehmerInnen der Demonstration am 8. Juli als fundamentaler.

Abbildung 10: Zustimmung zur Aussage „Wettbewerb ist schädlich. Er bringt das Schlechte im Menschen zum Vorschein“, in %



Bemerkenswert ist, dass die meisten der Befragten trotz ihrer kritischen Haltung gegenüber politischen RepräsentantInnen staatliche Intervention als ein wichtiges Element einer anderen Politik ansehen. Drei Viertel (76,5%) der Befragten am 2. Juli und sogar vier Fünftel (81,1%) am 8. Juli sind mindestens überwiegend der Meinung, dass die Regierung die Einkommen stärker von oben nach unten umverteilen sollte. Fast alle Befragten (2. Juli: 94,7%; 8. Juli: 92,3%) sind der Ansicht, dass die wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen nicht durch Privatunternehmen erbracht werden, sondern in staatlicher Hand bleiben sollten.

5. Einstellungen zu Demokratie, Institutionen und politischer Praxis

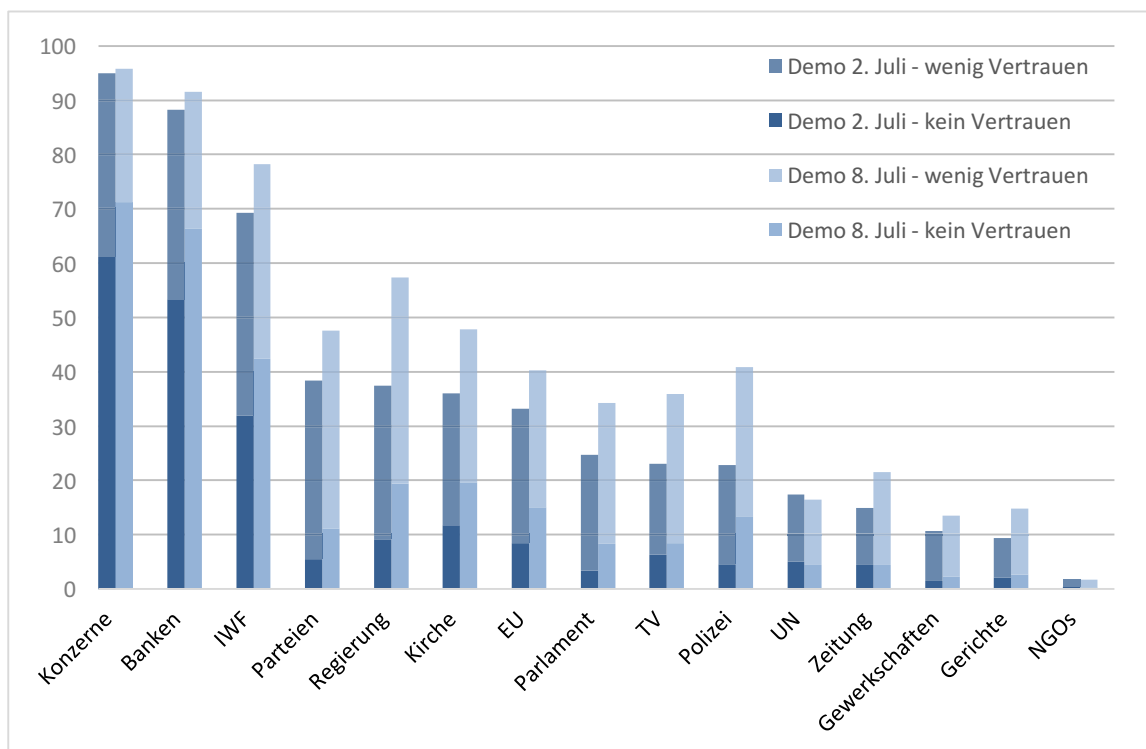
Ein zentraler Ausgangspunkt für politische Einschätzungen und Bewertungen ist die Wertschätzung von Demokratie als der normativen Grundlage, auf der konkrete politische Institutionen, Akteure und Prozesse beurteilt werden. Die Befragten sollten auf einer sechsstufigen Skala angeben, was sie „im Vergleich zu anderen Staatsideen zur Idee der Demokratie sagen“, wobei ausdrücklich betont wurde, dass es nicht um die Beurteilung der tatsächlich bestehenden Demokratien gehe.

Die Idee der Demokratie genießt bei den Befragten beider Demonstrationen eine sehr hohe Wertschätzung. 93 Prozent der TeilnehmerInnen der ersten Demonstration sind sehr oder eher zufrieden mit der Idee der Demokratie im Allgemeinen. Für die TeilnehmerInnen an der Demonstration am 8. Juli trifft dies auf 88 Prozent zu. Diese insgesamt hohen Werte entsprechen in etwa auch denen anderer Befragungen (Anti-TTIP/CETA: 92,3%). Allerdings nehmen die Werte ab, wenn man nach der Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist, fragt. Da sind nur noch 76 Prozent (2. Juli) bzw. 64 Prozent (8. Juli) sehr bzw. überwiegend zufrieden. In Bezug auf die Verfassung wird die stärkste Differenz zwischen den beiden Demonstrationszügen sichtbar. Große Einigkeit besteht in der Bewertung des tatsächlichen Funktionierens der Demokratie. Hier zeigen sich nur noch 27 Prozent (2. Juli) und 21 Prozent (8. Juli) zufrieden. Die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen demokratischen Praxis ist bei beiden Demonstrationen demnach sehr hoch. Diese Werte korrespondieren mit den eingangs beschriebenen Forderungen der DemonstrantInnen nach einer Demokratisierung nationaler und internationaler Politik.

Auch wenn die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in beiden Demonstrationen etwa gleich stark ausgeprägt ist, differiert das Vertrauen der Befragten in die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Institutionen und Gruppen stark. Dieses wurde abgefragt, indem die Befragten auf einer fünfstufigen Skala den jeweiligen Grad ihres Vertrauens angeben

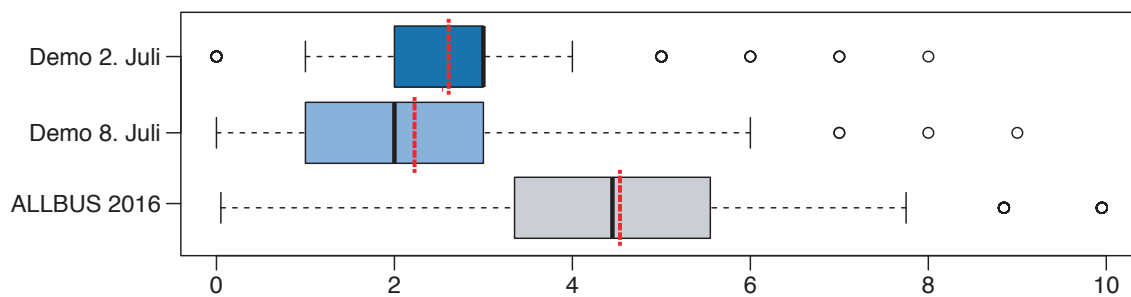
konnten. Die Positionen reichten von „vertraue ich überhaupt nicht“ bis „vertraue ich voll und ganz“. Abbildung 11 zeigt nur die Anteile für „wenig“ oder „überhaupt kein Vertrauen“. Angesichts der breit geteilten Kapitalismuskritik verwundert es nicht, dass Konzernen, Banken und dem IWF in beiden Demonstrationen das geringste Vertrauen entgegengebracht wird. Unterschiede zeichnen sich ab, wenn man nach den Institutionen und Trägergruppen der repräsentativen Demokratie fragt. Diesen bringen die Befragten am 8. Juli deutlich weniger Vertrauen entgegen. Besonders starke Unterschiede ergeben sich bei Parteien (2. Juli: 38,4%; 8. Juli: 47,6%) und der Regierung (2. Juli: 37,4% und 8. Juli: 57,3%), aber insbesondere auch bei der Polizei (2. Juli: 22,8%; 8. Juli: 40,8%). Die EU hat geringere Misstrauenswerte (2. Juli: 33,2%; 8. Juli: 40,3%) als die nationalen Parteien und die nationalstaatliche Regierung. Dies ist ein signifikanter Unterschied z.B. zu den Ergebnissen der Befragung auf der Anti-TTIP/CETA-Demonstration. DemonstrantInnen schenken dort eher den nationalen Institutionen als der EU ihr Vertrauen. Vertrauenswürdig erscheinen den Befragten vor allem Bürgerinitiativen und NGOs, gefolgt von Gewerkschaften.

Abbildung 11: Misstrauen in Institutionen, in %



Angesichts dessen, dass die OrganisatorInnen der zweiten Demonstration im Durchschnitt deutlich weiter links im politischen Spektrum zu verorten sind als die der ersten Demonstration, war dieses Muster auch bei den TeilnehmerInnen zu erwarten. Betrachtet man die Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala, so ergibt sich folgendes Bild: weniger als ein Prozent positioniert sich rechts der Mitte, der überwiegende Teil verortet sich links der Mitte (2. Juli: knapp 85%; 8. Juli: 86,5%). Dieser Wert liegt deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt ebenso wie auch über dem Wert der Anti-TTIP/CETA-DemonstrantInnen (69,9%). Anders als in repräsentativen Bevölkerungsumfragen sind diejenigen, die sich in der Mitte verorten, deutlich in der Minderheit (2. Juli: 14,2%; 8. Juli: 12,8%). Zum Vergleich: Laut World Value Survey (2010-2014) positionieren sich 56 Prozent in der Mitte.

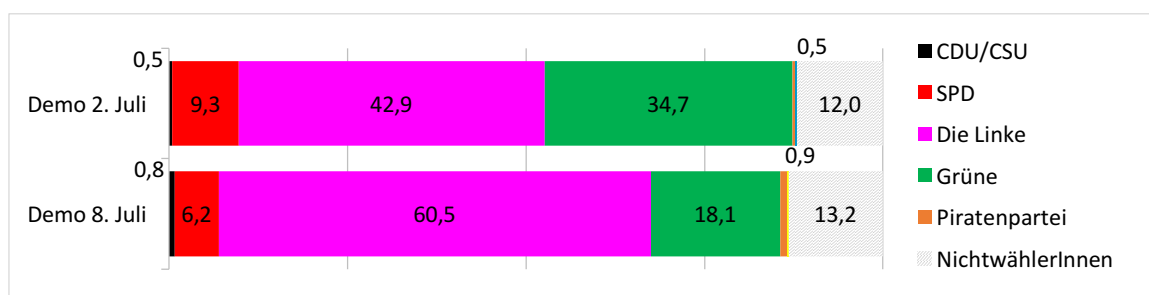
Abbildung 12: Selbsteinschätzung auf der Rechts-Links-Skala



Der Boxplot in Abbildung 12 zeigt diese deutliche Selbstverortung im linken bis linksradikalen Spektrum sehr deutlich. Die Durchschnittswerte beider Demonstrationen (rote Linien) unterscheiden sich nur wenig und bei beiden Demonstrationen verortet sich die Hälfte der TeilnehmerInnen zwischen den Werten 1 und 3 auf einer Skala, die von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) reichte. Die TeilnehmerInnen der zweiten Demonstration positionieren sich – wie zu erwarten – etwas weiter links als die der ersten, aber im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt fällt dieser Unterschied kaum ins Gewicht.

Die linke politische Selbstpositionierung spiegelt sich auch in der Sonntagsfrage wider (Abbildung 13). Die Wahlbeteiligung läge bei beiden Demonstrationen bei knapp 90 Prozent. Auf die Frage: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre“, gaben 43 bzw. 60 Prozent an Die Linke zu wählen und 35 bzw. 18 Prozent Bündnis 90/Die Grünen. Die SPD schafft es mit neun bzw. sechs Prozent immerhin noch über die Fünf-Prozent-Hürde, alle anderen Parteien spielen keine relevante Rolle. Eine einzige Person auf der ersten Demonstration hätte die AfD gewählt.

Abbildung 13: Sonntagsfrage, in %



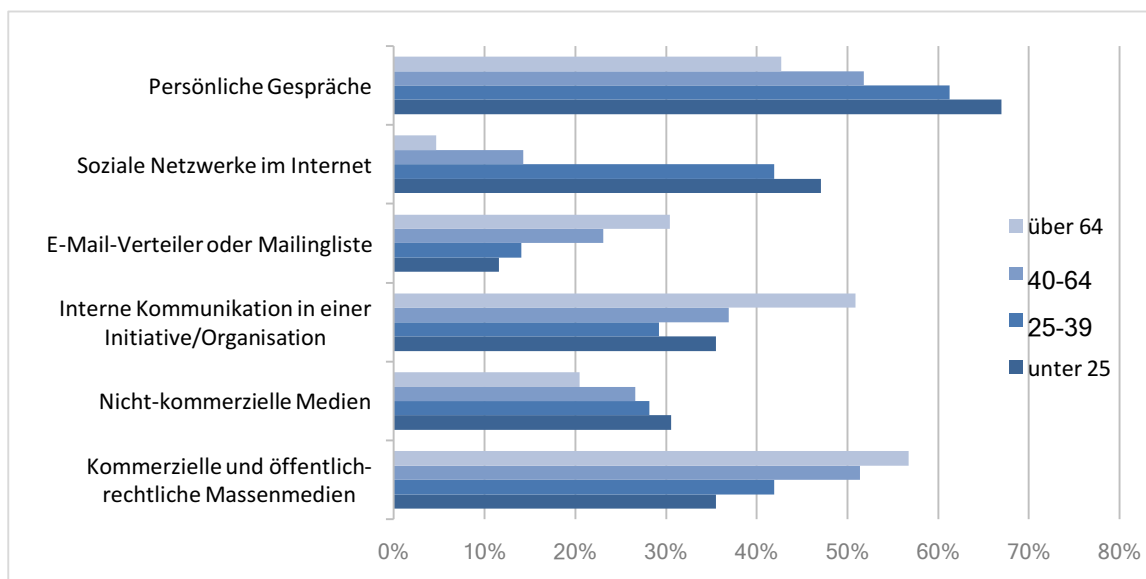
6. Die Mobilisierung zu den zwei Demonstrationen

Der Entscheidung, an einer Demonstration teilzunehmen, geht in der Regel eine Reihe von Kommunikationsprozessen voraus. Unter anderem sprechen potenzielle Teilnehmende mit Gleichgesinnten, sie werden über eine Organisation, der sie angehören, zum Protest aufgerufen oder sie nehmen die Gelegenheit zum Protest über die Medienberichterstattung wahr. Wodurch sich die Befragten zur Teilnahme an einer Demonstration ermutigt fühlen, ist im Fall des G20-Gipfels besonders relevant, weil wir es mit zwei in Teilen konkurrierenden Protestbündnissen zu tun haben. Um herauszufinden, welche Rolle die aufrufenden Organisationen, aber auch unterschiedliche Kommunikationswege, spielen, haben wir drei Fragen gestellt. Die erste richtet sich

darauf, welche Personenkreise die Befragten zu ihrer Entscheidung für den Protest bewegt haben. Die zweite Frage thematisiert die relevanten Kanäle, über die die TeilnehmerInnen an Informationen über die Demonstration gelangt sind. Und die dritte Frage zielt auf den Einfluss konkreter Organisationen.

Für einen ersten Überblick bietet sich die Frage nach relevanten Kommunikationswegen an. Dabei zeichnen sich größere Unterschiede vor allem im Hinblick auf das Alter der Befragten ab. Bis auf die Kommunikation innerhalb von Organisationen lässt sich ein linearer Zusammenhang von Alter und den relevanten Informationswegen feststellen. Je jünger die DemonstrantInnen sind, desto größer ist der Einfluss persönlicher Gespräche und sozialer Netzwerke im Internet wie Facebook oder Twitter (Abbildung 14). Mit zunehmendem Alter geben die Befragten eher Massenmedien und Email-Verteiler als wichtige Informationswege an. Bei den Kommunikationskanälen von Organisationen fällt nur die jüngste Gruppe (unter 25) aus diesem Muster heraus. Mit dieser Ausnahme gilt auch hier: je älter die Befragten, desto wichtiger sind die durch Organisationen verbreiteten Informationen.

Abbildung 14: Mobilisierungskanäle nach Altersstufen



Diese Unterschiede zeichnen sich entsprechend der Altersstruktur auch zwischen den beiden Demonstrationen ab. Die Befragten, die an der ‚Protestwelle‘ teilgenommen haben, werden eher über interne Kommunikationskanäle und Email-Listen auf die Demonstration aufmerksam. Der Anteil von Befragten, die nicht-kommerzielle Medien und soziale Netzwerke im Internet als Informationswege angeben, ist dagegen deutlich geringer als bei der zweiten Demonstration ‚Grenzenlose Solidarität statt G20!‘. Dass die interne Kommunikation in Organisationen bei der Demonstration am 8. Juli eine geringere Rolle spielt, die Massenmedien dagegen eine größere, zeigt, dass es bei dieser Demonstration stärker gelang, Teilnehmende jenseits von organisierten Kreisen zu mobilisieren. Dafür spricht auch die deutlich größere Bedeutung von persönlichen Gesprächen (43,0% am 2. Juli vs. 62,3% am 8. Juli). Beide Werte weisen darauf hin, dass sich die Entscheidung zur Teilnahme über die Protestwoche hinweg in der persönlichen Auseinandersetzung mit den Ereignissen in Hamburg ergeben hat.

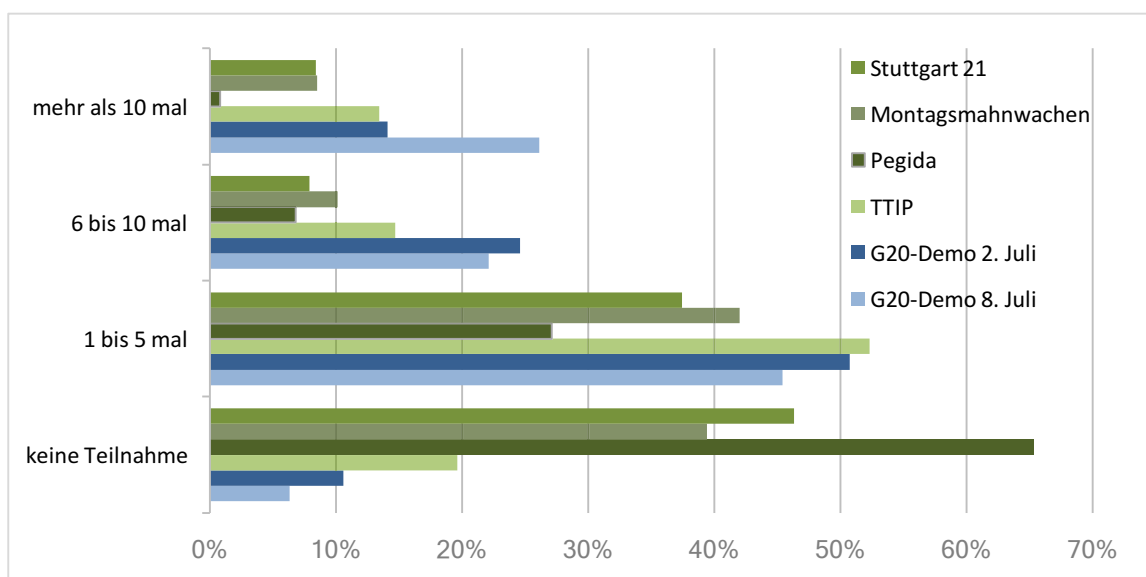
Persönliche Gespräche spielen bei beiden Demonstrationen und in allen Altersgruppen eine entscheidende Rolle. Mit Ausnahme der über 65-Jährigen hob jede/r zweite Befragte deren Bedeutung hervor. Wer die GesprächspartnerInnen waren, die auf die Entscheidung zur Teilnahme Einfluss genommen haben, geht aus der ersten Frage in diesem Teil des Fragebogens hervor. Der markanteste Unterschied zeigt sich hier bei den Freundeskreisen, die vor allem bei der Demonstration am 8. Juli eine Rolle gespielt haben (35,4% vs. 22,5%). Verwandte und Mitglieder der eigenen Organisation haben ebenfalls einen größeren Einfluss, deutlich nachgeordnet sind Bekannte aus Nachbarschaft und Betrieb. Etwas weniger als die Hälfte aller Befragten gibt an, dass keine Person besonders hervorzuheben sei.

Der Blick auf die zentralen Organisationen zeigt, dass die Befragten keine klare Trennungslinie zwischen den beiden Demonstrationen ziehen. Auf die Frage, über welche Organisation die Befragten von der G20-Demonstration erfahren haben, antwortet am 8. Juli immerhin ein Fünftel mit Campact, am 2. Juli geben knapp zehn Prozent die Partei Die Linke an. Auch wenn die Zahlen während der Demonstration, zu der sie jeweils aufgerufen haben, deutlich höher sind (Campact: 49% am 2. Juli; Die Linke: 25,7% am 8. Juli), zeigt sich, dass Organisationen auch dann als eine wichtige Informationsquelle wahrgenommen werden, wenn sie zur konkreten Demonstration nicht aufgerufen haben. Gleiches gilt auch für andere zentrale Akteure wie Greenpeace (20,9% am 2. Juli; 9,4% am 8. Juli) und die Grünen (7,6%, bzw. 5,1%) oder die Interventionistische Linke (2,4% bzw. 9,4%). Der markanteste Unterschied zeigt sich, wenn man den Einfluss linksradikaler Gruppen summiert. Bei der Demonstration am 8. Juli werden antifaschistische und autonome Gruppen, die Interventionistische Linke und das Ums Ganze-Bündnis von 28 Prozent der Befragten als Informationsquelle genannt. Am 2. Juli liegen deren Werte in der Summe bei nur acht Prozent.

7. Politisches Engagement

Um mehr über den politischen Hintergrund der G20-DemonstrantInnen zu erfahren, haben wir verschiedene Fragen zum bisherigen politischen Engagement gestellt. Hierbei zeigt sich, dass die G20-DemonstrantInnen über viel Erfahrung im politischen Engagement verfügen. Nur knapp drei Prozent der Befragten geben an, sich im Rahmen der G20-Demonstration erstmalig politisch engagiert zu haben (bei den Anti-TTIP/CETA-DemonstrantInnen: 11%).

Die Befragten verfügen zudem über viel Protesterfahrung. Über 90 Prozent der Befragten geben an, sich in den letzten fünf Jahren an Protesten beteiligt zu haben. 20 Prozent haben sich sogar an mehr als zehn Demonstrationen beteiligt. Damit liegt der Anteil derer, die in den letzten Jahren vermehrt auf die Straße gingen, deutlich über den Werten, die bei anderen Demonstrationen der letzten Jahre ermittelt wurden. Ein Vergleich der zwei befragten G20-Demonstrationen am 2. und 8. Juli 2017 zeigt darüber hinaus, dass die TeilnehmerInnen der zweiten Demonstration protestererfahrener sind als diejenigen der ersten (Abbildung 15).

Abbildung 15: Demonstrationsteilnahme in den letzten 5 Jahren¹⁶

Auch nutzten die G20-DemonstrantInnen in den vergangenen zwölf Monaten ein breites Spektrum an Aktionsformen (Tabelle 3). Am häufigsten sind dabei niedragschwellige Aktionsformen wie Konsumboykott (94,4%), Petitionen (88,5%) oder Online-Kampagnen (74,4%) zu finden.

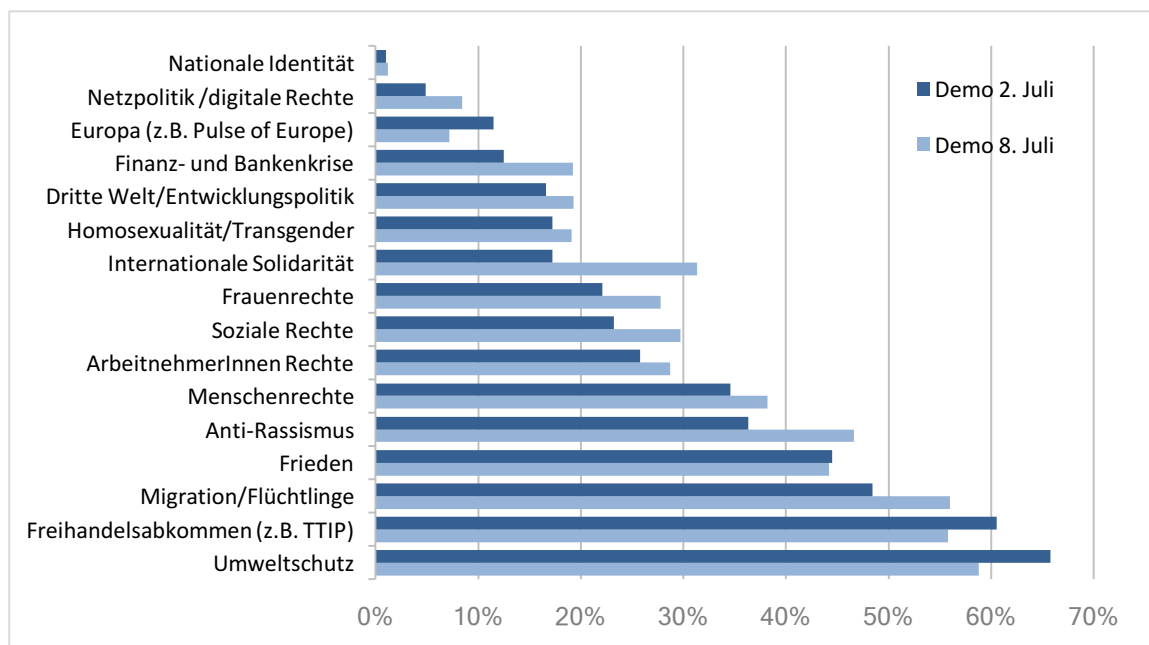
Tabelle 3: Formen politischen Engagements, in %

Haben Sie in den letzten 12 Monaten...	G20-8. Juli	G20-2. Juli	Anti-TTIP/CETA	Pegida	Montagsmahnwachen	Stuttgart 21
... bestimmte Produkte boykottiert oder aus politischen, ethischen oder Umweltgründen bewusst gekauft?	92,4	96,4	95,8	76,7	94,2	51,3
... eine Petition/öffentlichen Brief unterzeichnet	86,4	90,6	92,4	79,3	87,3	81,6
... an einer Online-Protestkampagne teilgehabt	70,2	78,5	85,0	55,6	60,1	Keine Daten
... einer politischen Organisation oder Gruppierung Geld gespendet?	68,7	74,7	66,1	34,2	27,9	64,4
... ein Abzeichen einer Kampagne getragen oder irgendwo angebracht?	62,8	62,4	60,1	21,4	34,1	88,7
...eine/n Politiker/in oder eine/n Vertreter/in der Verwaltung kontaktiert	36,0	40,0	48,8	37,7	20,5	36,0
... an einer direkten Aktion teilgenommen (wie z.B. Blockade, Besetzung, ziviler Ungehorsam)	24,8	10,0	12,4	1,7,0	12,0	42,9
... an einem Streik teilgenommen?	15,0	11,1	14,0	10,0	9,1	21,9

Im Vergleich zu anderen größeren Demonstrationen der letzten Jahre in Deutschland besitzen die G20-DemonstrantInnen darüber hinaus eine leicht höhere Erfahrung mit konfrontativeren Aktionsformen, etwa direkten Aktionen, besonders die DemonstrantInnen der zweiten Demonstration am 8. Juli (direkte Aktionen 24,8%; Streiks 15,0%). Nur bei den Stuttgart-21-DemonstrantInnen lag die Beteiligung an direkten Aktionen in der Vergangenheit mit fast 43 Prozent höher.

Ein Blick auf die Themen, zu denen sich die G20-DemonstrantInnen bereits politisch engagiert haben, zeigt, dass besonders Umweltschutz (62,3%) und Kritik an Freihandelsabkommen (58,2%) wichtige bisherige Engagementfelder waren (Abbildung 16). Das hohe Engagement im Bereich Umweltschutz stimmt dabei mit den zentralen Anliegen der DemonstrantInnen überein (vgl. Abb. 7). Zum hohen Engagement im Bereich der Freihandelsabkommen passt, dass sich 56 Prozent der Befragten als Teil der globalisierungskritischen Bewegung verstehen (nicht abgebildet). Ein Teil der Befragten hat sich zudem an Protesten gegen Gipfeltreffen der letzten zwanzig Jahre beteiligt, besonders an den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Jahr 2007 (2. Juli: 11,9%; 8. Juli: 16,6%, nicht abgebildet). Weitere zentrale Themen früheren politischen Engagements sind: Migration/Flüchtlingspolitik (52,2%), Frieden (44,4%), Anti-Rassismus (41,5%) und Menschenrechte (36,4%). Auch hinsichtlich der Engagement-Themen lassen sich einige Unterschiede zwischen den beiden befragten G20-Demonstrationen finden. Besonders die Themen Anti-Rassismus (8. Juli: 46,6%; 2. Juli: 36,3%) und internationale Solidarität (8. Juli: 31,3%; 2. Juli: 17,2%) sind für die TeilnehmerInnen der zweiten Demonstration am 8. Juli deutlich wichtiger als für die der ersten. Dagegen ist das Thema Umwelt den TeilnehmerInnen der ersten Demonstration wichtiger (65,8% vs. 58,8%, vgl. Abb.16).

Abbildung 16: Themen früheren politischen Engagements der G20-DemonstrantInnen, Mehrfachantworten möglich

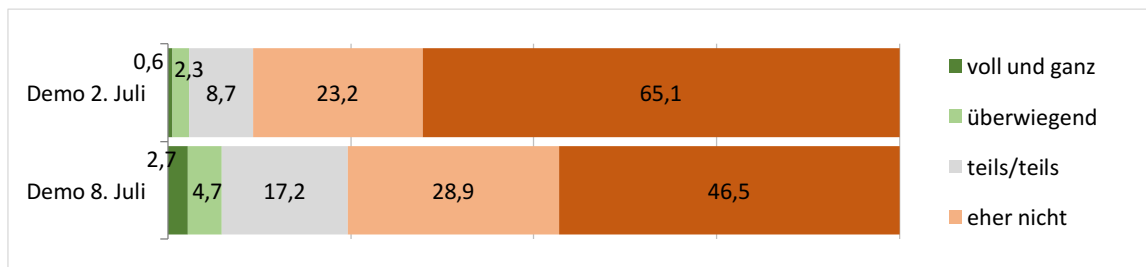


Die G20-DemonstrantInnen sind stark in verschiedene Organisationen eingebunden. Der Umfang der Mitgliedschaften liegt deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt (einzige Ausnahme: Kirchen oder religiöse Organisationen), dies vor allem in Hinblick auf Umweltorganisationen und Gewerkschaften. Auch liegen die Mitgliedschaften der G20-DemonstrantInnen insgesamt leicht über denen bei vergleichbaren früheren Demonstrationen, beispielsweise den Protesten gegen das Freihandelsabkommen TTIP im Jahr 2015. Auch zwischen den beiden G20-Demonstrationen am 2. und 8. Juli lassen sich Unterschiede hinsichtlich der Mitgliedschaften zeigen: Insgesamt sind die TeilnehmerInnen der ersten Demonstration zu einem deutlich größeren Anteil Mitglied in Organisationen, vor allem in Umweltorganisationen (42,1% vs. 28,8%) und Humanitären- und

Wohlfahrtsorganisationen ist die Mitgliedschaft deutlich höher (26,3% vs. 15,3%). Nur die Mitgliedschaft in Gewerkschaften ist unter den TeilnehmerInnen der zweiten G20-Demonstration leicht höher als unter jenen der ersten (31,0% vs. 27,9%). Darüber hinaus beschreibt sich ein deutlich größerer Anteil der zweiten Demonstration als Mitglied „linker Gruppe oder Zusammenhänge“ (23,3% vs. 10%).

Das ausgeprägt hohe politische Engagement und die umfangreichen Vorerfahrungen mit anderen Protesten gehen einher mit einer relativ weit verbreiteten Offenheit für konfrontativere Formen des Protests bei gleichzeitiger überwiegender Ablehnung unmittelbarer Gewalt. Sechs von zehn (2. Juli: 59,3%), bzw. acht von zehn Befragten (8. Juli: 81,4%) unterstützen Blockadeaktionen gegen den G20-Gipfel. Explizit abgelehnt werden die Versperrung von Fahrtrouten und die Behinderung zeitplangemäßer Abläufe nur von einer eher kleinen Minderheit (2. Juli: 18,3%, 8. Juli: 7,9%)¹⁷. Umgekehrt toleriert allerdings auch nur ein ähnlich kleiner Teil der Umfrageteilnehmenden Sachbeschädigungen. Weniger als 20 Prozent stimmen der Aussage, Sachbeschädigungen seien, angesichts dessen was auf dem Spiel stehe, ein nebensächliches Übel, „überwiegend“ oder „voll und ganz“ zu (2. Juli: 12,9%, 8. Juli: 19,9%). Noch deutlicher ist die Ablehnung der Aussage, dass Gewalt legitim sei, „um dem Protest Gehör zu verschaffen“. Diese befürwortet auf der Demonstration vom 8. Juli nur knapp über sieben Prozent der Befragten; drei Viertel (75,4%) sind dezidiert dagegen. Auf der Demonstration am 2. Juli ist die Ablehnung von Gewalt noch deutlicher ausgeprägt, hier halten fast 90 Prozent Gewalt nicht für ein legitimes Mittel, um Aufmerksamkeit zu bekommen (Abbildung 17) und 83 Prozent lehnen Gewalt grundsätzlich ab.

Abbildung 17: Zustimmung zur Aussage „Gewalt ist legitim, um dem Protest Gehör zu verschaffen“, in %



Bezüglich der Frage nach legitimen Reaktionen auf Gewalt seitens der Polizei stimmen bei der ersten Demonstration 40 Prozent und bei der zweiten sogar 56 Prozent der Aussage zu „Bei einem gewalttätigen Vorgehen der Polizei ist Widerstand legitim“ und jeweils noch einmal etwa 30 Prozent zeigen mit einem Kreuz bei der Antwortoption „teils/teils“, dass sie hier zumindest unentschieden sind. Dass bei der zweiten Demonstration nur 16 Prozent Widerstand im Angesicht von Polizeigewalt ablehnen, kann durchaus auch als Ausdruck der Empörung über das harte Vorgehen der Polizei gegen die ‚Welcome to Hell‘-Demonstration zwei Tage zuvor verstanden werden. Deutlich wird aus den Antworten in jedem Fall, dass die Begriffe „Gewalt“ und „Widerstand“ unterschiedlich konnotiert sind.

17 Interessanterweise halten somit auch die DemonstrantInnen der ersten Demonstration am 2. Juli Blockadeaktionen überwiegend für legitim, obwohl diese Strategie von den OrganisatorInnen dieser ersten Demonstration explizit abgelehnt wurde (siehe Einleitung).

8. Fazit

Unsere Umfrage macht insgesamt deutlich, dass sich die TeilnehmerInnen beider Demonstrationen deutlich ähnlicher sind, als das die Konflikte zwischen den beiden Demonstrationsbündnissen im Vorfeld der Proteste hätten erwarten lassen. So sind bei beiden Anlässen Menschen auf die Straße gegangen, die nicht nur im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt, sondern auch im Vergleich mit den TeilnehmerInnen anderer Demonstrationen bereits über viel Vorerfahrung mit Demonstrationen und anderen Protestformen verfügen. Am 2. Juli war gerade einmal für zehn Prozent der Befragten die Demonstration ihr erster Protest dieser Art. Am 8. Juli traf dies sogar nur für sechs Prozent zu.

Zudem zeigen die ausführlichen Antworten auf die offene Frage nach den Motiven für die Teilnahme an den Demonstrationen, dass die Menschen, die an den beiden Tagen ihren Protest auf die Straße getragen haben, sehr klare Vorstellungen davon haben, was ihrer Meinung nach an der Politik der G20 nicht in Ordnung ist. Ein großer Teil der DemonstrantInnen will mit ihrem Protest ein Zeichen für Demokratie und Menschenrechte, für soziale Gerechtigkeit, einen gerechteren Welthandel und gegen eine Politik der G20 setzen, die sie für Armut und Hunger auf der Welt verantwortlich machen. Und ganz besonders geht es den Menschen darum, eine Politik zu fordern, die etwas gegen den Klimawandel und dessen Folgen unternimmt.

Es wurden jedoch auch Unterschiede deutlich. Ein zentraler Unterschied zwischen den beiden Demonstrationen ist die Altersverteilung. Die TeilnehmerInnen der ersten Demonstration waren im Durchschnitt deutlich älter als die der zweiten Demonstration. Zudem haben sich Frauen und in Hamburg wohnende Menschen an der ‚Protestwelle‘ etwas stärker beteiligt als am 8. Juli bei der Demonstration ‚Grenzenlose Solidarität statt G20!‘.

Vor dem Hintergrund der getrennten Mobilisierung für beide Demonstrationen, haben wir auch nach der Wahrnehmung der jeweils anderen Demonstration gefragt: Bei beiden Demonstrationen gibt es einen relevanten Anteil, der die jeweils andere Demonstration deutlich kritisch sieht; am 2. Juli geben 14 Prozent der Befragten an, die Demonstration am 8. Juli sei ihnen „zu radikal“. Umgekehrt geben bei der zweiten Demonstration sogar 31 Prozent an, ihnen sei die ‚Protestwelle‘ „zu bürgerlich“ gewesen. Auch wenn die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen beider Demonstrationen diese Art der Kritik der jeweils anderen Demonstration klar zurückweist, gibt es offenbar durchaus auch bei den DemonstrantInnen Vorbehalte gegeneinander, die die gegenseitigen Abgrenzungen der OrganisatorInnen widerspiegeln.

Grundsätzlich zeigen die Ergebnisse der Umfrage, dass sich die DemonstrantInnen am 8. Juli im Durchschnitt etwas weiter links verorten und in ihren Ansichten ein wenig radikaler sind als diejenigen, die bereits am 2. Juli demonstriert haben.

Der wohl deutlichste Unterschied zwischen beiden Demonstrationen zeigt sich bei den Aussagen zur Rolle der Polizei. Während am 2. Juli 80 Prozent der DemonstrantInnen die Polizei als gar nicht oder höchstens wenig aggressiv einschätzen, sieht dies sechs Tage später deutlich anders aus. Bei der zweiten Demonstration teilt nur noch weniger als ein Drittel (30,8%) diese Meinung während 45 Prozent die Polizei als stark oder sehr stark aggressiv wahrnehmen. Auch wenn bei der Demonstration am 8. Juli selbst auf weiten Strecken des Demonstrationszuges nur wenig

Polizei zu sehen war, führte hier sicherlich die Eskalationsstrategie der Polizei in den vorangegangenen Tagen zu einer deutlich stärker ablehnenden Haltung.¹⁸ Dieser Aspekt – die Interaktion zwischen Polizei und Protestierenden – wird im nächsten Abschnitt ausführlich diskutiert. Dennoch: Eine Dichotomie zwischen einer antikapitalistischen Demonstration am 8. Juli auf der einen Seite und einer vermeintlich „bürgerlichen“ Demonstration am 2. Juli auf der anderen Seite ist nicht zu erkennen. So sind auch auf der ersten Demonstration insgesamt über die Hälfte der Befragten voll und ganz oder überwiegend davon überzeugt, dass der Kapitalismus abgeschafft werden muss. Unterschiede zeigen sich hier und an anderer Stelle eher im Grad der Bestimmtheit als in der generellen Ausrichtung.

Gut die Hälfte der Protestierenden identifiziert sich darüber hinaus klar mit der globalisierungskritischen Bewegung. Das ist ein Hinweis darauf, dass mit den Protesten in Hamburg möglicherweise ein neuer Mobilisierungszyklus der Globalisierungsproteste begonnen hat, nachdem in den letzten Jahren eher ein Rückgang der Proteste in diesem Themenfeld zu beobachten war.

18 Diese Interpretation deckt sich mit den weiter oben dargestellten deutlich niedrigeren Vertrauenswerten für die Polizei auf der zweiten Demonstration am 7. Juli (Abschnitt 5) und der höheren Zustimmung zur Aussage, dass bei einem gewalttätigen Vorgehen der Polizei Widerstand legitim sei (Abschnitt 7). Interessant ist gleichwohl, dass das Thema „Repression und Überwachung“ zwar auf eben jener zweiten Demonstration deutlich stärker präsent ist (8,3%) als auf der ersten Demonstration (2,7%), dass es aber auch hier keines der zentralen Themen darstellt (siehe auch Abschnitt 3). Trotz der Wahrnehmung einer aggressiven Polizeistrategie bleibt auch am 8. Juli Protest gegen Repression nur ein nachrangiges Motiv für die Teilnahme an der Demonstration.

II. Gipfel der Eskalationen – Polizei und Versammlungsfreiheit bei den G20-Protesten

Philipp Knopp, Stephanie Schmidt, Roman Thurn und Peter Ullrich

Vorbemerkung

Die VerfasserInnen des Textes stützen ihre Darstellung weitgehend auf systematische eigene Beobachtungen. Sie waren während der gesamten Protestwoche als DemonstrationsbeobachterInnen, u.a. zusammen mit dem Komitee für Grundrechte und Demokratie,¹⁹ in Hamburg anwesend. Ergänzend gingen Presseberichterstattung und in den Fußnoten angegebene Quellen in die Darstellung ein.

1. Ausgangslage

Es war lange vor dem G20-Gipfel abzusehen, dass dieser selbst und die ihn begleitenden Proteste eine immense Herausforderung für die Polizei darstellen würden. Die Aufgabe war komplex: Erstens sollten der Gipfel und seine TeilnehmerInnen abgesichert werden. Dazu zählten auch um die 100 Protokollfahrten der Delegationen mitten durch die Stadt. Dabei wurde befürchtet, dass sich die ausländischen Sicherheitsdienste im Ernstfall nicht an deutsches Recht halten würden, weshalb sie ein besonderes Gefahrenpotential darstellten.²⁰ Zweitens mobilisierte ein breites Spektrum von Protestgruppen zu einer Vielzahl an Demonstrationen, darunter zwei große Bündisdemonstrationen, und zu Blockaden. Die Grundrechte der Protestierenden, insbesondere die Versammlungsfreiheit, waren daher ebenso abzusichern. Und drittens galt es, das normale Leben in Hamburg so weit wie möglich aufrecht zu erhalten.

Diese widersprüchlichen, ja dilemmatischen Anforderungen wurden weitgehend einseitig zugunsten eines möglichst reibungslosen Gipfelablaufs aufgelöst.²¹ Das zeigte sich schon im Vorfeld des Gipfels. Während die Stadt teilweise lahmgelegt wurde, Sperrungen vielerorts ein Durchkommen verunmöglichten und der öffentliche Nahverkehr zu großen Teilen ruhte, bekamen besonders die DemonstrantInnen die ‚Hamburger Linie‘ zu spüren, die für einen harten und restriktiven Umgang mit Protest im legalistischen²² Policing-Paradigma steht.

Als Einsatzleiter war Hartmut Dudde bestimmt worden, dessen Einsätze schon mehrfach von Gerichten gerügt worden waren.²³ Er erhielt vom zuständigen Innensenator Andy Grote weitgehend freie Hand und Rückendeckung. Das polizeiliche Konzept war von Beginn an auf Verhinderung von Protest im Umfeld der Austragungsorte ausgerichtet und dabei von einer „niedrige[n]

19 Vgl. den Bericht des Grundrechtekomitees. Siehe: http://www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/G20_Protest.pdf [26.07.2017].

20 <https://www.abendblatt.de/hamburg/article210506439/G20-Treffen-in-Hamburg-Lebensgefahr-fuer-Blockierer.html> [26.07.2017].

21 Auch laut Rahmenbefehl für den Polizeieinsatz hatten der „Schutz und die Sicherheit der Gäste [...] höchste Priorität“ (BAO Michel – Rahmenbefehl G20-Gipfeltreffen, S. 16).

22 Legalistisch heißt (im Gegensatz zum pragmatischen Einsatzstil), dass schon bei kleineren Rechtsbrüchen mit Härte gegen die DemonstrantInnen vorgegangen wird.

23 <http://polizeirecht.rav.de/index.php?sent=detail&id=110&t=e> [26.07.2017], <https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/48192/eskalationen-und-rechtsverst%C3%B6%C3%9F-fe-unter-einsatzleitung-von-hartmut-dudde.pdf> [26.07.2017].

Eingreifschwelle“ (so der Rahmenbefehl²⁴) geprägt. Dies manifestierte sich bereits vor dem eigentlichen Gipfel in einer Vielzahl mehr oder minder umfangreicher Versammlungsauflagen. Besonders hervorzuheben sind die 38 km² große Sicherheitszone, in der Versammlungen verboten waren, und die konsequente Verhinderung von Protestcamps durch die Polizei. Sogar richterlichen Entscheidungen zur Zulassung eines Protestcamps wurde aktiv zuwidergehandelt.²⁵ Dies geschah auf Basis einer polizeilicherseits äußerst negativen Protestdiagnose, die in der Behauptung gipfelte, dass 8.000 Gewaltbereite über Hamburg hereinbrechen würden.

Gegen dieses Bedrohungsszenario wurde eine Menge Personal und Technik aufgeboten, die nur in Ausnahmefällen zum Einsatz kommt. Mehr als 31.000 BeamtInnen waren im Einsatz,²⁶ darunter diverse Sondereinheiten wie BFEs, USKs, MEKs und sogar auf den Antiterrorkampf spezialisierte SEKs mit Schnellfeuerwaffen. Ihnen standen neben Wasserwerfern aus dem gesamten Bundesgebiet²⁷ sowohl Hunde- als auch Reiterstaffeln, Hubschrauber und darüber hinaus neu angeschaffte Panzerwagen zur Verfügung.

2. Die Demonstrationen

Mit den Demonstrationen im Umfeld des G20-Gipfels ging die Polizei sehr unterschiedlich um. Während sie bei einigen eine durchaus kooperative Rolle einnahm, waren andere durch eine eskalative Einsatztaktik und gehäufte Übergriffe geprägt. Im Umfeld dieser z.T. ausgesprochen restriktiv begleiteten Demonstrationen kam es zu Ausschreitungen zwischen Polizei und Protestierenden.

Die im Rahmenbefehl festgehaltene Priorität der Sicherung von Sonderrechtszonen und Austragungsorten drückte sich auch deutlich im polizeilichen Umgang mit Demonstrationen aus. Ein Faktor für eine zurückhaltendere und kooperativere Einsatztaktik war ein größerer räumlicher und/oder zeitlicher Abstand zum eigentlichen Gipfelgeschehen. So wurde etwa die Nachttanzdemonstration ‚Lieber tanz ich als G20‘ am Mittwoch noch vorrangig von KommunikationsbeamtInnen begleitet. Eine von internationalen linksradikalen Gruppen organisierte Blockade des Hamburger Hafens – weit vom Austragungsort des Gipfeltreffens entfernt – unter dem Motto „Shut down the logistics of capital“ am Freitagmorgen, konnte ebenfalls ohne größere Polizeibegleitung und -eingriffe abgehalten werden. Dies lässt aufhorchen: Die Polizei hatte gerade die Ankündigung dieser Blockadeaktion in den Wochen vor dem Gipfel zum Anlass genommen, vor Anschlägen auf die Infrastruktur des Hamburger Hafens zu warnen und ihre negative Gefahrenprognose auch darauf aufgebaut. Auch während der Großdemonstration ‚Grenzenlose Solidarität statt G20!‘ am 7. Juli hielt sich die Polizei mehrheitlich im Hintergrund und brachte nur an manchen Stellen schweres Gerät (Wasserwerfer und gepanzerten Sonderwagen) und BeamtInnen mit Helmen und Sturmhauben sichtbar in Stellung.

Während bei diesen Protestaktionen einige kleinere Regelübertretungen (Pyrotechnik, vereinzelte Vermummung oder eine überdimensionierte PKK-Fahne) weitgehend pragmatisch geduldet und deeskalativ – orientiert am „negotiated management“-Stil (della Porta/Fillieule 2004) – behandelt wurden, zeigte sich an den Grenzen der blauen, gelben und roten Sonderrechtszonen

24 „Abgebrannt“, Der Spiegel, 15.07.2017: 12.

25 <http://verfassungsblog.de/schroedingers-camp-oder-die-versammlungsfreiheit-vor-dem-gesetz/> [01.08.2017].

26 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-gipfel-50-prozent-mehr-polizisten-im-einsatz-als-bisher-bekannt-a-1166651.htm> [07.10.2017].

27 Deren exakte Anzahl wird von der Hamburger Polizei aus taktischen Gründen als Verschlussache behandelt.

ein gänzlich anderes Bild. Bei dortigen Versammlungen war das polizeiliche Auftreten von demonstrativer Stärke und sehr niedrigen Eingriffsschwellen geprägt.

Die Polizei setzte eine Taktik fort, die sich für kritische BeobachterInnen spätestens nach der Räumung und den Einschränkungen der Protestcamps angekündigt hatte.²⁸ Sie zielte auf das weitgehende Verhindern von als potenziell gefährlich eingeschätzten Ver- und Ansammlungen. Diese wurden oft mit hohem Gewalteinsatz, mit Wasserwerfern, Tränengasgranaten und Pfeffersprayeinsatz zerschlagen, was viele Verletzte zur Folge hatte. Dabei brach die Polizei massiv mit dem für die Einsatzphilosophien der letzten Jahrzehnte prägenden selektiven Vorgehen im Protest-Policing (Winter 1998; della Porta/Peterson/Reiter 2006). Zudem war die innere „rote“ Sicherheitszone mit Wasserwerfern, Räumpanzern, Schleusen, Gittern und Betonblöcken beinahe militärisch befestigt.

Besonders sticht aber die gewaltsame Auflösung der autonomen antikapitalistischen ‚Welcome to Hell‘-Demonstration am Donnerstagabend – dem Anreisetag vieler Staatsgäste – hervor. Nachdem die Auftaktkundgebung drei Stunden lang von ruhiger bis ausgelassener Stimmung, Musik und Reden internationaler AktivistInnen geprägt war, wurde die darauffolgende Demonstration bereits wenige Meter nach dem Start von mehreren Einsatzhundertschaften und mithilfe von Wasserwerfern gestoppt. Vorgeblicher Grund für den Stopp der Demonstration war die Anwesenheit von verummten Personen. Nach etwas mehr als einer Stunde begann die Polizei den gesamten vorderen Block der Demonstration samt Lautsprecherwagen einzukesseln, obwohl insbesondere die DemonstrantInnen in den vorderen Reihen bereits Vermummungsgegenstände abgelegt und damit Kooperationsbereitschaft demonstriert hatten. Der Versuch, den mehrheitlich schwarz gekleideten ersten Block vom Rest der Demonstration abzuspalten, misslang jedoch. Der Eingriff produzierte eine Massenpanik, in der Demonstrierende versuchten aus dem geschlossenen Kessel zu entkommen und über eine Mauer zu fliehen. Durch die Bedingungen des „natürlichen Kessels“ in der Hafenstraße wurde die Situation besonders problematisch: Demonstrierende, JournalistInnen und BeobachterInnen konnten die Demonstration während ihrer ca. zehnminütigen gewaltsamen Auflösung nicht ungehindert verlassen. Dadurch war es ihnen kaum möglich, die polizeiliche Aufforderung zur Distanzierung von „Störern“ zu erfüllen. Die Polizei selbst war wiederum von auf Anhöhen und Brücken stehenden DemonstrantInnen und Schaulustigen umgeben. Nachdem die Demonstration zerstreut worden war, begann die Polizei durch die Menge der DemonstrantInnen zu laufen und vereinzelt scheinbar willkürlich Personen festzusetzen, zu schubsen oder zu schlagen. Wie bekannt wurde, kam es dabei zu Misshandlungen von Festgesetzten und Festgenommenen, die sich z.T. auch in der eigens errichteten Gefangenensammelstelle fortsetzten.²⁹

Zur Entspannung und Restrukturierung der chaotischen Situation nach der Zerschlagung der autonomen Demonstration trug die Ersatzdemonstration „Gegen Polizeigewalt und für ein Recht auf Stadt“ bei. Jedoch veranschaulicht das neue Protestmotto ein immer wieder auftretendes Phänomen in der Dynamik von Protesten. Während die Demonstration sich ursprünglich vor allem gegen systemische Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung im globalen Maßstab

28 <https://www.freitag.de/autoren/martina-mescher/eskalation-mit-ansage> [26.07.2017]; <http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/protest-gzwanzig-107.html> [26.07.2017]; <http://www.grundrechtekomitee.de/node/873> [26.07.2017]; <http://www.grundrechtekomitee.de/node/868> [26.07.2017].

29 <https://www.anwaltlicher-notdienst-rav.org/de/g20-gesa-rechte-systematisch-verletzt> [26.07.2017]. Siehe für eine aktivistische Sammlung von Vorfällen <https://g20-doku.org/> [01.08.2017].

richtete, verschob sich der Fokus der Ersatzdemonstration hin zum aktuellen Konflikt mit der repressiv vorgehenden Polizei.

3. Die Ausschreitungen

Die Ausschreitungen am Freitag und Samstagabend dominierten die mediale Berichterstattung über die Gipfelproteste. Aber viele Fragen – auch bezüglich des polizeilichen Vorgehens – sind bisher weitgehend ungeklärt. Hier können nur kurz einige Dynamiken, die Teil einer umfassenderen Analyse sein müssen, diskutiert werden. Fest steht so viel: die Anwesenheit militanter Linker, deren Agieren *einen* Kern der teils gewaltförmigen Auseinandersetzungen bildete, ist keinesfalls hinreichend, um die vielfältigen und widersprüchlichen Konfliktodynamiken zu erklären, die Hamburg zum Ort eines ‚Riots‘ machten.

Einen bedeutenden Kontext der Ausschreitungen stellt das Handeln der Polizei dar: die bereits im Vorfeld des Gipfels erhöhte Polizeipräsenz, die hohe Zahl an Personenkontrollen im Umfeld der Gipfelorte und insbesondere im Schanzenviertel, die spezielle Hamburger Konfliktgeschichte (Teune 2017) und das Vorgehen gegen die ‚Welcome to Hell‘-Demonstration am Tag zuvor sind als ein Faktorenbündel für die ungewöhnlich breite Frontenbildung gegen die Polizei anzusehen. Desweiteren kam es bereits vor der Verdichtung der Konfrontationen im Schanzenviertel immer wieder zu eruptiver Gewalt zwischen Polizei und DemonstrantInnen.

Zu Beginn der Auseinandersetzungen im Schanzenviertel wurde die Menschenmenge durch massiven Einsatz von Wasserwerfern und Zwangsgewalt in das Schulterblatt abgedrängt. Da die Polizeihundertschaften zwar den Neuen Pferdemarkt rigoros räumten, jedoch nicht weiter ins Schulterblatt vordrangen, strömten immer mehr Menschen in diesen Bereich und beteiligten sich teilweise an den Angriffen auf die BeamtInnen. So konnte sich schnell eine unübersichtliche Situation entwickeln, in der organisierte Gruppen, SympathisantInnen, AnwohnerInnen, wütende Jugendliche, vor allem aber *Männer* unterschiedlicher Milieus und Schichten brennende Barrikaden bauten und die Polizei durch Flaschen- und Steinwürfe auf Abstand hielten. Weil die Zugänge von der Polizei nicht geschlossen wurden, fand ein ständiger Zu- und Abstrom von Menschen statt, die sich entweder an den Riots beteiligten oder sich als Schaulustige an der Gewalt berauschten. Das Posieren für Fotos und Selfies vor brennenden Barrikaden steht für diese Seite des Riots als wohlfeiler Bildlieferant für die sozialen Medien. Dies trug zur Entstehung einer unspezifischen Gewalt bei, die getragen von Alkoholkonsum und dem Zweck der (männlichen) Selbstinszenierung in ihrem Spektakelcharakter nur noch einen losen Bezug zum G20-Gipfel erkennen ließ.

Aufgrund dieser unübersichtlichen Situation sollen sich sogar Polizeikräfte geweigert haben, in das Schulterblatt vorzurücken. Unter anderem aufgrund des Verdachts in einen organisierten Hinterhalt gelockt worden zu sein,³⁰ entsandte die Polizei eigentlich für Terror- und Aufstandsbekämpfung zuständige SEKs zur Räumung eines Wohnhauses in das Schanzenviertel. Es bestand Schussfreigabe. Im Nachgang legitimierte die Polizei ihren Einsatz mit vermeintlich vom Dach geworfenen Molotowcocktails und dort für einen Angriff gelagerten Steinplatten. Diese Darstellungen konnten jedoch bislang nicht belegt werden. Die Molotowcocktails waren wahr-

30 <http://www.sueddeutsche.de/politik/g-gipfel-wartete-ein-bewaffneter-hinterhalt-auf-die-polizei-1.3594134> [26.07.2017].

scheinlich Böller und die Gehwegplatten wurden - wenn es sie denn gegeben hat - nicht sicher gestellt.³¹ Polizeiliche Narrative über linke Protestformen und von ihnen ausgehende tödliche Gefahren dienten so der Rechtfertigung einer in den letzten Jahren unbekannten Zuspitzung der Konfliktdynamiken.³²

4. Umgang mit Dritten

Nicht nur Demonstrierende, sondern auch die Presse, SanitäterInnen und Rechtsbeistände waren von der eskalativen Linie betroffen. Am ersten Tag des Gipfels wurde 32 JournalistInnen zunächst ohne Angabe näherer Gründe die Akkreditierung entzogen und der Zugang zum Pressezentrum in den Hamburger Messehallen verwehrt. Unspezifische „sicherheitspolitische Bedenken“ wurden später als Grund nachgereicht.

Daneben sind verbale Übergriffe, körperliche Gewalt, Einsätze von Wasserwerfern und Pfefferspray gegen PressevertreterInnen dokumentiert. Auch SanitäterInnen wurde trotz sichtbarer Kennzeichnung nicht nur häufig der Zugang zu Verletzten verwehrt, sondern sie wurden auch zum direkten Ziel polizeilicher Maßnahmen. Dies kulminierte im Einsatz des SEK gegen eine Gruppe von SanitäterInnen und Verletzten während den Ausschreitungen im Schanzenviertel, bei welchem diese unter Androhung von Schusswaffengebrauch aus einem Wohnhaus geführt wurden.³³

Auch der Zugang zu einer anwaltlichen Vertretung wurde festgesetzten DemonstrantInnen vielfach erschwert oder verwehrt.³⁴ Der Republikanische Anwälten und Anwälteverein (RAV) berichtet von einem richterlichen Schnellverfahren ohne anwaltlichen Beistand sowie der Anwendung physischer Gewalt gegen seine Mitglieder.³⁵ Auch diskursiv wurden unabhängige AnwaltInnen angegangen: Die Hamburger Polizei stufte den RAV als Sicherheitsrisiko ein.³⁶

Die Demonstrationen wurden, da Konflikte absehbar waren, neben den genannten Gruppen auch von weiteren BeobachterInnen begleitet: So waren sowohl Mitglieder des Grundrechtekomitees e.V., der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und des Office for Democratic Institutions and Human Rights (OSZE/ODIHR) als auch des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (IPB) vor Ort.

5. Fazit

„Die staatlichen Behörden sind gehalten, ... versammlungsfreundlich zu verfahren“, gab das Bundesverfassungsgericht 1985 der Polizei im Brokdorf-Beschluss (BVerfGE 69, 315 (316)) mit

31 Vgl. <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-polizei-findet-keine-beweise-fuer-hinterhalt-im-schanzen-viertel-a-1171599.html> [06.10.2017].

32 Vgl. zu ähnlichen diskursiven Taktiken beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm Dießelmann (2015) sowie allgemein für das Summit-Policing Wood (2014).

33 <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1057516.g-sondereinsatzkommando-zielte-auf-sanitaeter.html> [26.07.2017].

34 <https://www.anwaltlicher-notdienst-rav.org/de/g20-gesa-rechte-systematisch-verletzt>; <https://www.anwaltlicher-notdienst-rav.org/de/K%C3%B6rperlicher-Angriff-auf-Anwalt-in-der-Gefangensammelstelle-GESE> [26.07.2017].

35 s. <https://www.anwaltlicher-notdienst-rav.org/de/Massive-Behinderung-anwaltlicher-Arbeit-durch-Polizei-und-Justiz-in-Hamburg> [10.08.2017];

36 <http://www.sueddeutsche.de/politik/g-gipfel-polizei-haelt-linken-anwaltsverein-fuer-gefaehrlich-1.3574051> [08.10.2017]

auf den Weg. Die Ereignisse von Hamburg zeigen, dass die Geltung dieser noch immer wegweisenden Vorgabe unter bestimmten Umständen fragil zu werden droht.

Insgesamt kann von einer Zuspitzung der seit mehreren Jahren – vor allem bei Gipfelprotesten – international beobachteten „Militarisierung des Protest-Policing“ (Wood 2014) gesprochen werden. Dazu gehören die oben angeführte massive Kontrolle von Versammlungen, die festungsartige Verteidigung der Austragungsorte des Gipfels gepaart mit weitläufigen polizeirechtlichen Verbotszonen, Einsatzkonzepte, die Protest präventiv beschränken, die proaktive polizeiliche PR-Arbeit und die umfangreichen Versuche sich damit gegen jedwede Kritik abzuschirmen sowie der vermehrte Technikeinsatz (vgl. ebd.; Ullrich 2012; Petzold/Pichl 2013; Kretschmann 2014; Pichl 2014). Diese Entwicklung erreichte mit dem Agieren von Sondereinsatzkräften mit Schusswaffen im Anschlag einen weiteren Höhepunkt. Neben den repressiven Mitteln ist also auch das präventive Instrumentarium beachtlich. Hier zeigt sich eine Entwicklungstendenz, die auch schon nach dem massiven polizeilichen Vorgehen gegen die Blockupy-Protesten gegen die Europäische Zentralbank in Frankfurt kritisiert wurde:³⁷ Auch präventiv gemeinte und begründete Maßnahmen im Vorfeld und während des Gipfels sind so sehr von der Darstellung polizeilicher Stärke bestimmt, dass sie einen repressiven Charakter annehmen (Ullrich 2012).

Die negativen demokratietheoretischen Implikationen und die selbst aus der polizeilichen Sicherheitsperspektive dysfunktionalen, weil stark eskalierenden Momente der „strategic incapacitation“-Taktik (Gillham/Noakes 2007) traten in Hamburg offen zutage. Die Stadt befand sich im sicherheitsbehördlichen Ausnahmezustand, der medial und einsatzstrategisch orchestriert wurde. Dies manifestierte sich in der von Beginn an grundrechtsfeindlichen Linie, im Ignorieren von Gerichtsentscheidungen, im exzessiven Durchgreifen im Verlauf des Gipfels sowie in der anschließenden Exkulpation allen Polizeihandelns durch Bundes- und LandespolitikerInnen, insbesondere durch den Hamburger Bürgermeister Scholz und konservative PolitikerInnen.

Die für den Ausnahmezustand charakteristische (zumindest teilweise) Suspendierung der Rechtsbindung verstärkte darüber hinaus die bereits seit Jahren kritisierten *strukturellen Mängel* in der Strafverfolgung von BeamtInnen (Singelstein 2014). So entstand ein Möglichkeitsraum für das erschreckende Ausmaß an Polizeigewalt, das in unzähligen Videos dokumentiert ist.

Das Policing des G20-Gipfels von Hamburg ist ein schlechtes Omen für die Zukunft der Versammlungsfreiheit in Deutschland. Dieser Einsatz – diese Bewertung zum Schluss sei erlaubt – sollte personelle, strafrechtliche und strukturelle Konsequenzen haben, letztere insbesondere hinsichtlich der Einsatzstrategien, hinsichtlich individualisierter Kennzeichnung von PolizistInnen und hinsichtlich unabhängiger Polizeikontrollstellen. Angesichts der Ereignisse und der vielen noch offenen Fragen ergibt sich ein eindeutiger Schluss: Die Ereignisse von Hamburg müssen dringend umfassend und detailliert weiter aufgearbeitet werden.

37 Vgl. u.a. <https://textrecycling.wordpress.com/2013/06/08/protest-und-polizeiforscherinnen-zur-polizeigewalt-gegen-blockupy-2013/> [26.07.2017].

Literatur

- van Aelst, Peter/Walgrave, Stefaan (2001), Who is that (wo)man in the street? From the normalisation of protest to the normalisation of the protester, *European Journal of Political Research*, 39, S. 461–486.
- Andretta, Massimiliano/della Porta, Donatella (2014), Surveying Protestors: Why and How, in: della Porta, Donatella (Hg.), *Methodological Practices in Social Movement Research*, Oxford: Oxford University Press, S. 308–334.
- Baumgarten, Britta/Rucht, Dieter (2013), Die Protestierenden gegen ›Stuttgart 21‹: einzigartig oder typisch?, in: Brettschneider, Frank /Schuster, Wolfgang (Hg.), *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*, Wiesbaden: Springer VS, S. 97–125.
- Bebnowski, David/ Hermann, Christoph/ Heyne, Lea/ Hoeft, Christoph/ Kopp, Julia/ Rugenstein, Jonas (2010), *Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21*, <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf>
- Daphi, Priska/Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz/Stuppert, Wolfgang/Teune, Simon/Zajak, Sabrina (2015), *Für Demokratie und gegen die Macht der Konzerne. Motive und Merkmale der Teilnehmenden der Demonstration „TTIP & CETA stoppen. Für einen gerechten Welt-handel!“ am 10. Oktober in Berlin*, Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung, https://www.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/11/ipb_bericht-stop-ttip-be-fragung.pdf
- Daphi, Priska/Kocyba, Piotr/Neuber, Michael/Roose, Jochen/Rucht, Dieter/Scholl, Franziska/Sommer, Moritz/Stuppert, Wolfgang/Zajak, Sabrina (2015), *Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida*, IPB Working Papers, Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung, https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf
- Daphi, Priska/Rucht, Dieter/Stuppert, Wolfgang/Teune, Simon/Ullrich, Peter (2014), *Occupy Frieden. Eine Befragung von Teilnehmer/innen der „Montagsmahnwachen für den Frieden“*, IPB Working Papers, Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung, https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/occupy-frieden_ipb-working-paper_web.pdf
- Dießelmann, Anna-Lena (2015), *Ausnahmestand im Sicherheits- und Krisendiskurs. Eine diskurstheoretische Studie mit Fallanalysen*, Siegen.
- Finkbeiner, Florian/ Keune, Hannes/ Schenke, Julian/ Geiges, Lars/ Marg, Stine (2016), *Stopp-TTIP-Proteste in Deutschland - wer sind, was wollen und was motiviert die Freihandelsgegner*, http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2016/01/Bericht_TTIP_2016-01-28_web.pdf
- Geiges, Lars/ Marg, Stine/ Walter, Franz (2015), *PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?* Bielefeld: Transcript.
- Gillham, Patrick F./Noakes, John A. (2007), More Than a March in a Circle: Transgressive Protests and the Limits of Negotiated Management, *Mobilization*, 12, 4, S. 341–357.

- Göttinger Institut für Demokratieforschung (2016), *Büchse der Pandora? PEGIDA im Jahr 2016 und die Profanisierung rechtspopulistischer Positionen*, http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2016/10/Pegida2016_G%C3%B6ttinger_Demokratieforschung.pdf
- Kretschmann, Andrea (2014), Katalysator Wirtschaftskrise? Zum Wandel von Protest Policing in Europa, *Bürgerrechte & Polizei/CILIP*, 106, S. 52–58.
- Petzold, Tino/Pichl, Maximilian (2013), Räume des Ausnahmerechts. Staatliche Raumproduktionen in der Krise am Beispiel der Blockupy-Aktionstage 2012, *Kriminologisches Journal*, 45, 3, S. 211–227.
- Pichl, Maximilian (2014), Zur Entgrenzung der Polizei. Eine juristische und materialistische Kritik polizeilicher Gewalt, *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtsprechung*, 3, S. 249–266.
- della Porta, Donatella/Fillieule, Olivier (2004), Policing Social Protest, in: Snow, David A. /Soule, Sarah Anne /Kriesi, Hanspeter (Hg.), *The Blackwell companion to social movements*, Blackwell companions to sociology, Oxford: Blackwell, S. 217–241.
- della Porta, Donatella/Peterson, Abby/Reiter, Herbert (Hg.) (2006), *The Policing of Transnational Protest*, Aldershot: Ashgate.
- Rucht, Dieter (Hg.) (2003), *Berlin, 1. Mai 2002 - Politische Demonstrationsrituale*, Leverkusen: Leske + Budrich.
- Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hg.) (2008), *Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien*, Frankfurt - New York: Campus.
- Schlink, Mike (2017), Organisator der G20-'Protestwelle': „Sitzblockaden sind das falsche Signal!“, *MOPO.de*, <http://www.mopo.de/hamburg/g20/organisator-der-g20--protestwelle--sitzblockaden-sind-das-falsche-signal---27820804>, letzter Zugriff: 19.10.2017.
- Singelstein, Tobias (2014), Körperverletzung im Amt durch Polizisten und die Erledigungspraxis der Staatsanwaltschaften - aus empirischer und strafprozessualer Sicht, *Neue Kriminalpolitik*, 25, 1, S. 15–27.
- Teune, Simon (2017), Das Scheitern der ›Hamburger Linie‹, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 8, S. 9–12.
- Teune, Simon/Sommer, Moritz (2017), *Zwischen Emphase und Aversion. Großdemonstrationen in der Medienberichterstattung*, unter Mitarbeit von Dieter Rucht, Institut für Protest- und Bewegungsforschung, <https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2017/07/ipb-Forschungsbericht-Gro%C3%9Fdemonstrationen-in-der-Medienberichterstattung.pdf>.
- Ullrich, Peter (2012), *Das repressive Moment der Krise. Erleben wir eine Rückkehr autoritärer Konfliktlösungen?*, WZB-Mitteilungen 137, Berlin: WZB, S. 35–37. <https://protestinstitut.eu/2012/10/02/das-repressive-moment-der-krise/>.
- ...ums Ganze!/Interventionistische Linke/Projekt Revolutionäre Perspektive (PRP) Hamburg/queer-feministisches Bündnis gegen G20/berlin/radikale linke/LINKE.SDS (2017), „Ungehorsam & Gemeinsam gegen Spaltung & Kriminalisierung“, #NoG20 2017, <https://www.g20hamburg.org/de/content/ungehorsam-gemeinsam-gegen-spaltung-kriminalisierung>.

Winter, Martin (1998), Police Philosophy and Protest Policing in the Federal Republic of Germany – from 1960 up to German Unification 1990, in: della Porta, Donatella /Reiter, Herbert (Hg.), *Policing Protest. The Control of Mass Demonstrations in Western Democracies*, Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 188–212.

Wood, Lesley (2014), *Crisis and control: The militarization of protest policing*, Between the Lines.

socium

Forschungszentrum
Ungleichheit und Sozialpolitik



Göttinger Institut für
Demokratieforschung

Eine Kooperation von

ipb
Institut für Protest- und
Bewegungsforschung